

„ Wir wollen wieder
eine Insel sein, oder? “



Achtung!
Staatsgrenze!

03
2011

Inhalt

3 Editorial

Österreich

- 4 Export lässt Wirtschaft boomen
- 6 Bank Austria Konjunkturindikator: Österreich hält Wachstumskurs, doch Zenit bereits überschritten
- 7 Unter Druck: Der konkurrenzstarke, aber nachfrageschwache Papierkomplex in Österreich

International

- 9 Internationale Konjunktur und Finanzmärkte: Der griechische Patient und andere Schuldner sorgen für Bewegung
- 10 CEE: Der Weg wird steiniger

Fokus

- 12 Erfolgslauf des Exportsektors: Freud und Leid der österreichischen Exportstärke
- 14 Ein starker Charakter nutzt sein Potenzial: Standort Tirol gewinnt an Format

Daten und Fakten

- 16 Österreich / International
- 18 Osteuropa

Die Autoren dieser Ausgabe:

Mag. Stefan Bruckbauer	Leiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria, Chefökonom Österreich
Mag. Kurt Fesselhofer	Mitarbeiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria
Gillian Edgeworth	Chief EEMEA Economist
Mag. Walter Pudschedl	Mitarbeiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria
Mag. Günter Wolf	Mitarbeiter der Abteilung Economics & Market Analysis Austria der Bank Austria

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber: UniCredit Bank Austria AG, Schottengasse 6–8, 1010 Wien
<http://www.bankaustria.at>
 E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at
 Redaktion: Economics & Market Analysis Austria, Mag. Kurt Fesselhofer +43 (0) 50505 DW 41953,
 Petra Jellen +43 (0) 50505 DW 41952
 Produktion: Corporate Culture
 Redaktionsschluss: 12. 7. 2011
 Abdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe
 Druck: Gutenberg Druck GmbH, Wr. Neustadt
 Produktion: www.horvath.co.at
 Coverfoto: www.shutterstock.com
 Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Publikationen-Service:

E-Mail: pub@unicreditgroup.at

Über die neuesten volkswirtschaftlichen Publikationen informieren Sie die Bank Austria EconomicNews.
 Die Anmeldung für den Gratisbezug des elektronischen Newsletters
 kann direkt unter <http://economicresearch.bankaustria.at> vorgenommen werden.

Haftungsausschluss:

Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für die Vollständigkeit,
 Richtigkeit oder Genauigkeit übernommen werden.
 Diese Publikation ist kein Angebot oder keine Aufforderung zu einem Angebot.



Die Bank Austria, ein Mitglied der UniCredit, ist die klare Nummer eins in Österreich.
 Innerhalb der UniCredit ist sie für Zentral- und Osteuropa verantwortlich.
 In der Region betreibt die Bankengruppe das größte internationale Bankennetzwerk mit knapp 3.900 Filialen.



Editorial

Wir wollen wieder eine Insel sein, oder?

Stefan Bruckbauer | stefan.bruckbauer@unicreditgroup.at

Angesichts der vielen negativen Ereignisse, die in letzter Zeit aus dem Ausland nach Österreich hereingetragen wurden, macht sich bei vielen Menschen das Gefühl breit, wir sollten uns wieder stärker vom Ausland abkoppeln und die wirtschaftliche Öffnung der letzten zwanzig Jahre war ein Fehler. Was haben wir denn davon?

Die Integration der österreichischen Wirtschaft in die globale Weltwirtschaft erfuhr durch den EU-Beitritt 1995 und nochmals durch die Einführung des Euro 1999 (als Bargeld dann 2002) einen beachtlichen Schub. Der Anteil exportierter Waren und Dienstleistungen an der österreichischen Wirtschaftsleistung stieg von 33 % vor dem EU-Beitritt auf 41 % 1998, vor der Euroeinführung, und schließlich auf heute 58 %. Die Integration des Finanzmarktes war dabei noch fast spektakulärer. 1997, zwei Jahre vor Beginn der Währungsunion, hatte Österreich, also Staat, Firmen und Bürger, in Summe ca. 150 Mrd. Euro, damals weniger als das BIP, Vermögen im Ausland und umgekehrt hatten Ausländer Vermögen (oder Forderungen) in Österreich von rund 190 Mrd. Euro. Heute beträgt unser Vermögen im Ausland 776 Mrd. Euro (fast dreimal das BIP) und die „Auslandschuld“ ebenfalls fast 778 Mrd. Euro. Allerdings war damals Österreich noch netto Auslandsschuldner, heute ist die Position ausgeglichen. Warum? Weil Österreich damals mehr Waren und Dienstleistungen importierte, seit der Euroeinführung jedoch mehr exportiert, im Durchschnitt waren es 7 Mrd. Euro pro Jahr netto.

Diese Trendwende verdankt Österreich ganz wesentlich der Integration Osteuropas in die EU, aber auch der Entwicklung im Euroraum. Während wir vor der Euroeinführung ein Minus mit dem Euroraum hatten, ist unsere Bilanz nun ausgeglichen, zieht man Deutschland ab, mit dem wir weiterhin ein Minus haben, dann liegt der Überschuss mit dem Euroraum jährlich bei fast 3 Mrd. Euro, in Summe seit 1999 bei 34 Mrd. Euro. Angesichts dieser beeindruckenden Summen erscheinen die nun drohenden „Kosten“ der Rettung angeschlagener Euroländer in einem anderen Licht. In Summe wird Österreich Griechenland etwas mehr als 2 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, bei einem zweiten Paket könnten es nochmals rund 1,5 Mrd. sein. Für Irland und Portugal werden es etwas mehr als 2 Mrd. sein. Netto ist dies sogar ein Geschäft, da wir mehr Zinsen bekommen, als wir selbst dafür zahlen. Aber selbst wenn wir keine Zinsen bekommen würden, die jährlichen Finanzierungskosten wären lediglich 0,2 Mrd. Euro. Auch unsere jährlichen Nettoszahlungen an die EU erscheinen angesichts der Erfolge für Österreich relativ bescheiden, es waren 2009 knapp über 0,4 Mrd. Euro, das meiste davon geht nach Mittel- und Osteuropa, kommt also teilweise wieder zurück. Mit rund 50 Euro pro Jahr und Einwohner zählt Österreich im übrigen nicht zu den größten Nettozahlern, dies sind die Luxemburger (rund 200 Euro pro Kopf) gefolgt von den

Dänen, den Belgiern, den Finnen, den Franzosen, den Italienern, erst dann kommen die Deutschen mit rund 80 Euro pro Kopf und dann folgt Österreich.

Die positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren macht sich auch für jeden einzelnen bemerkbar. Zwar stimmt es, dass die Einkommensverteilung in Österreich in den letzten zwanzig Jahren etwas ungleicher geworden ist, so wie in den meisten Industrieländern der Welt (Ausnahmen in der Eurozone waren nur Irland, Griechenland, Portugal, Spanien und – allerdings nur wenig – Frankreich), es gibt jedoch nur ein Land der Welt mit einem höheren Einkommensniveau als Österreich, das eine „gleichere“ Einkommensverteilung aufweist, das Erdölland Norwegen.

Österreich steht heute an zehnter Stelle beim realen Einkommen pro Kopf, im Euroraum liegt nur Irland vor uns, allerdings sind dies Daten aus 2007, inzwischen dürfte Irland hinter Österreich gefallen sein. Und es handelt sich hier nicht um den Durchschnitt, sondern den Median, d.h. die Hälfte der Bevölkerung schafft diesen Wert. Zwar erreichen 7,2% nicht einmal 50% dieses Wertes und leider ist dieser Anteil auch in den letzten zwanzig Jahren gestiegen, trotzdem ist er der niedrigste im Euroraum. Die Einkommensverteilung in Österreich ist die „achtgleichste“ unter den Industrieländern der Welt, gemeinsam mit Finnland hat Österreich damit die „am wenigsten ungleiche“ Einkommensverteilung im Euroraum.

Dies gelingt auch, da Österreich heute die viertniedrigste Arbeitslosenquote eines Industrielandes hat, lediglich die Schweiz, Norwegen und Süd-Korea liegen knapp vor uns. Wir sind unter den zehn Industrieländern der Welt mit der höchsten Beschäftigungsquote von Menschen unter 64 und dies obwohl in keinem Industrieland, außer im „Finanzparadies“ Luxemburg, die Menschen so jung in Pension gehen. Was im Übrigen auch erklärt, warum wir nach Frankreich und Schweden die dritthöchste Sozialausgabenquote der industrialisierten Welt haben.

Was haben wir also von der EU, dem Euro, den wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte, aber auch der offenen Wirtschaft und den Unternehmen, die sich im Ausland engagieren? Nur Ungerechtigkeit, Armut und Stress, oder? Dies sollten wir bedenken, wenn die Rufe nach radikaler Änderung, Isolation, nach der „Insel der Seligen“ wieder laut werden. Isolation war schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Katastrophe.



Österreich

Export lässt Wirtschaft boomen

Kurt Fesselhofer / kurt.fesselhofer@unicreditgroup.at

Dank der kräftigen Entwicklung der Exporte wird sich die österreichische Wirtschaft im laufenden Jahr mit einem außerordentlich guten BIP-Wachstum in Höhe von 3,1% (real) präsentieren. Unterstützt wird diese Entwicklung durch ein starkes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen und einer Trendumkehr bei den Bauinvestitionen. Im Jahr 2012 wird die Wirtschaft mit +1,8% deutlich schwächer als im heurigen Jahr zulegen, weil die Binnennachfrage nicht in der Lage sein wird, das nachlassende Tempo des Exportwachstums zu kompensieren.

Gemäß den von der Statistik Austria revidierten Zahlen ist die österreichische Wirtschaft 2010 um 2,1% (real) gewachsen, wozu insbesondere die gute Entwicklung des dritten und vierten Quartals beigetragen hat. Auch das erste Quartal 2011 hat mit einem Zuwachs von 0,9% (real) gegenüber dem Vorquartal sehr gut abgeschnitten. Damit dürfte aber auch der dynamische Höhepunkt des laufenden Jahres erreicht worden sein. Basierend auf den bisher vorliegenden Daten rechnen wir für das zweite Quartal 2011 nur mehr mit +0,4% Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorquartal. Die Exporte werden zwar auch weiterhin maßgeblich für den Wirtschaftsausschlag sein, aber ihre nachlassende Dynamik wird sich in den weniger stark steigenden Quartalergebnissen in der zweiten Jahreshälfte widerspiegeln. Im Jahresdurchschnitt wird 2011 mit 3,1% realem Wachstum ein sehr erfolgreiches Jahr.

Die Exportwirtschaft wird trotz niedrigerer Zuwächse auch 2012 die dynamischste Komponente der österreichischen Wirtschaft sein. Die Binnennachfrage wird zwar ein stabiles Wachstum erreichen, aber nicht ausreichend stark sein, um das sehr gute Ergebnis von 2011 halten zu können. Für das Gesamtjahr 2012 gehen wir von einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,8% (real) aus.

Starkes Weltwirtschaftswachstum

2010 erreichte die Weltwirtschaft ein Durchschnittswachstum von 4,8% (real). Auch im laufenden Jahr und 2012 bleiben die Zuwächse trotz etwas geringerem Wachstum mit +4,1% und 4,4% auf einem hohen Niveau. Der Wachstumsunterschied zwischen den etablierten Industrieländern und den restlichen Ländern bleibt weiterhin aufrecht.

Für die US-Wirtschaft muss, nach dem Plus von 2,9% (real) des Jahres 2010, im Jahr 2011 mit einer Abschwächung auf 2,4% gerechnet werden. Unter anderem entwickeln sich die Konsumausgaben geringer als ursprünglich für heuer erwartet und einige Industriesektoren zeigen Produktionsschwächen. 2012 dürfte das Wachstum bei 2,7% liegen.

Die japanische Wirtschaft wird 2011 mit voraussichtlich -0,8% (real) wieder einen negativen Konjunkturverlauf ausweisen.

Für 2012 wird wieder ein Wachstum von +2,5% angenommen, wobei zum Teil noch offene Fragen rund um Fukushima die Prognose erheblich erschweren.

In China könnte das Auslaufen von Konjunkturpaketen und strengere Kriterien bei Kreditvergaben die Konjunktur etwas einbremsen. Die +9,6% für heuer und +9,5% für 2012 sind aber nur im Vergleich mit dem außerordentlich guten Ergebnis von 2010 (+10,3%) als „schwächer“ zu bezeichnen.

Etwas atypisch verläuft heuer die Konjunktur im Euroraum. Während die Weltwirtschaft im laufenden Jahr eine etwas schwächere Entwicklung haben wird, wird der Euroraum – dank der relativ hohen Zuwächse einiger Länder, wie zum Beispiel Deutschland (+3,5%), Frankreich (2,3%), aber auch Österreich – mit +2,1% (real) etwas stärker als 2010 (+1,7%) wachsen. 2012 wird die Wirtschaft voraussichtlich wieder nur um 1,7% zulegen.

Export bleibt weiter Konjunkturstütze

Zu Jahresbeginn wiesen Österreichs Warenexporte außerordentlich hohe Zuwächse auf (Jänner +25,8%, Februar +24,0%; jeweils nominell). Im März erreichte der Anstieg 18,0%, für das erste Quartal 2011 errechnet sich daraus ein Durchschnitt von +22,2%. In den ersten drei Monaten 2011 stiegen die Exporte nach Amerika (Anteil an den Gesamtexporten: 7,3%) um beachtliche 42,1%, was hauptsächlich auf die Exporte in die USA (+50,4%; Anteil an den Gesamtexporten: 5,0%) zurückzuführen ist.

Auch die Exporte nach Asien (Anteil: 9,0%) lagen mit +29,6% über dem Durchschnitt. Maßgeblich waren hier vor allem die Exporte in die Republik Korea (+75,3%; Anteil: 0,9%), nach Indien (+48,2%; Anteil: 0,6%), nach Japan (+30,2%; Anteil: 1,0%) und China (+25,7%; Anteil: 2,5%).

Von den exportseitig europäischen Top-10-Handelspartnern (Deutschland, Italien, Schweiz, Frankreich, Tschechische Republik, Großbritannien, Ungarn, Polen, Slowakei und Slowenien) lag das Wachstum der Exporte nach Polen (+37,1%; Anteil 2,8%), in die Tschechische Republik (+32,3%; Anteil: 4,0%), in die Schweiz (+25,8%; Anteil: 4,7%), in die Slowakei (+25,7%; Anteil: 2,0%) und nach Großbritannien (+22,9%; Anteil 3,1%) über dem Gesamtdurchschnitt von +22,2%.

Das reale Wachstum der Warenexporte wird in der Folge an Dynamik verlieren. Nach +12,6% im Jahr 2010 gehen wir für heuer von einem Zuwachs in Höhe von 10,1% und für 2012 von 5,6% aus (alle Werte real).

Ähnlich zeigt sich die Entwicklung bei den Warenimporten. Hier werden nach den +10,7% des Jahres 2010 die realen Zuwächse im laufenden Jahr voraussichtlich bei +8,2% und im Jahr 2012 bei 5,1% liegen.

Ausrüstungsinvestitionen legen zu

Die Investitionen in Ausrüstung dürften im heurigen Jahr kräftig zulegen. Nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 (-14,5%; real) und der relativ geringen Erholung im Vorjahr mit +2,1%, erwarten wir für heuer mit +7,6% wieder eine deutlich stärkere Entwicklung, wobei angesichts der relativ hohen Kapazitätsauslastung in der Industrie die Investitionen zunehmend auch in Richtung Erweiterung tendieren sollten. Für 2012 erwarten wir ein Investitionsplus von 4,5%. Trotz dieser guten Entwicklung bleibt aber das Investitionsvolumen in Ausrüstungen bis einschließlich 2012 unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008.

Aussichten eher mäßig

Der Bausektor zählt im laufenden Jahr nicht zu den dynamischen Sektoren der heimischen Wirtschaft. Bei der öffentlichen Hand stehen die Zeichen auf Sparen, was gegen einen großzügigen Ausbau der Infrastruktur vor allem seitens der Gemeinden spricht und dementsprechend den Tiefbau stark beeinträchtigt. Und im Bereich des Wohnbaus dürfte die Bereitschaft der Verbraucher für langfristige Konsumausgaben angesichts der auch heuer noch rückläufigen Entwicklung der realen Einkommen gedämpft sein und in Folge keinen Nachfragboom auslösen. Immerhin erwarten wir, dass der negative Trend der Vorjahre (Rückgänge von 6% im Jahr 2009 und 3% im Vorjahr) heuer mit einem leichten Wachstum von bis zu 0,8% (real) beendet werden kann. Für 2012 gehen wir von einem Zuwachs in Höhe von 1,5% aus.

Kein Ende der flauen Entwicklung

Aufgrund des leichten (realen) Rückgangs der verfügbaren Einkommen wird der private Konsum auch heuer durch die Reduktion der Sparquote alimentiert. Ein kräftiger Anstieg des Konsums kann dennoch

nicht erwartet werden. Auch das überdurchschnittlich hohe Wirtschaftswachstum und die deutliche Verbesserung des Arbeitsmarktes wird daran nichts ändern. Wie schon im Vorjahr erwarten wir für den privaten Konsum im Jahresdurchschnitt nur einen Anstieg von 1,1% (real) und damit deutlich unter dem Zuwachs der Gesamtwirtschaft. Auch für 2012 rechnen wir nur mit einem Plus um etwa 1%.

Der Trend hält an

Weiterhin positiv kann über die Arbeitsmarktkennziffern berichtet werden. Monat für Monat wird eine höhere Anzahl an unselbständig Beschäftigten verzeichnet und ein Ende dieses Trends ist bis auf weiteres nicht zu befürchten. Für den Jahresdurchschnitt 2011 gehen wir von rund 3.319.000 Beschäftigten (ohne KarenzgeldbezieherInnen, Präsenzdienere und in Schulung befindlichen Personen) aus, was ein Plus gegenüber dem Vorjahr von rund 59.000 Personen oder 1,8% bedeutet. Gleichzeitig werden auch immer mehr offene Stellen gemeldet, wobei allerdings seit Jahresbeginn die Steigerungsraten geringer werden und im Mai (gegenüber dem Vorjahresmonat) mit +9,3% der geringste Wert der ersten 5 Monate ausgewiesen wurde. Auch bei der Arbeitslosigkeit wird eine sinkende Tendenz gemeldet. Die Arbeitslosenquote sollte 2011 im Jahresdurchschnitt auf 6,6% (2010: 6,9%) zurückgehen (gemäß Eurostat-Berechnung: 4,4% 2010, 4,2% 2011). Die Prognosen für 2012: Beschäftigung + 0,9%, Arbeitslosenquote 6,4%/4,1%.

Und wieder der Verkehr

Einmal mehr ist die Ausgabengruppe „Verkehr“ der Hauptpreistreiber der aktuellen Inflationsentwicklung, insbesondere die Treibstoffpreise, Flugtickets und Wartung der PKW. In der Kategorie „Wohnung, Wasser und Energie“ waren die Bereiche Heizöl und Gas die Preistreiber. Überdurchschnittlich war auch die Entwicklung bei den Nahrungsmitteln. Die monatlich ausgewiesene Inflation lag daher nur im Jänner mit 2,4% unter der 3%-Grenze und erreichte mit 3,3% im April den bisherigen Höchstwert. Im Mai gab es mit 3,2% einen leichten Rückgang. Für den Jahresdurchschnitt 2011 rechnen wir mit einer Inflation von 3,2%, die sich 2012 auf 2,2% reduzieren könnte.

Konjunkturprognose Österreich

Wachstum real, in %	2007	2008	2009	2010	Bank Austria Prognose Juni 2011			
					2011	2012		
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,7	2,2	-3,9	2,1	3,1	+	1,8	=
Privater Konsum	0,7	0,5	1,3	1,1	1,1	=	1,0	=
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	4,1	-8,8	-1,0	4,2	=	3,0	=
Ausrüstungsinvestitionen	6,6	7,5	-14,5	2,1	7,6	=	4,5	=
Bauinvestitionen	1,6	1,6	-6,0	-3,0	0,8	=	1,5	=
Exporte im weiteren Sinn	8,6	1,0	-16,1	10,6	9,5	+	5,3	=
Importe im weiteren Sinn	7,0	-0,9	-14,5	9,5	7,7	=	5,0	=
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	3,5	4,9	3,1	2,7	3,0	=	3,2	=
Verbraucherpreisanstieg	2,2	3,2	0,5	1,9	3,2	=	2,2	+
Arbeitslosenquote (gemäß EU-Norm, in %)	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	=	4,1	=
Arbeitslosenquote (gemäß AMS, in %)	6,2	5,9	7,2	6,9	6,6	=	6,4	=

Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria / + Der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose erhöht. / - Der Wert wurde gegenüber der letzten Prognose gesenkt. / = Gegenüber der letzten Prognose keine Veränderung. / x In der letzten Prognose gab es keinen vergleichbaren Wert.

Österreich

Bank Austria Konjunkturindikator

Österreich hält Wachstumskurs, doch Zenit bereits überschritten

Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

- Hochstimmung in Industrie lässt nach, Zuversicht der Konsumenten relativ stabil
- Halbierung des Wirtschaftswachstums im 2. Quartal auf 0,4 % zum Vorquartal erwartet
- Gesamtjahresprognose 2011 weiter bei 3,1 %
- Risiken drücken 2012 auf Dynamik – BIP-Anstieg von 1,8 % erwartet

Die österreichische Wirtschaft hat die schwingvollste Phase der Erholung endgültig hinter sich gelassen. Nach dem starken Jahresbeginn 2011 hat sich die Wachstumsdynamik mittlerweile spürbar verlangsamt. Der Bank Austria Konjunkturindikator ist im Mai auf 2,9 Punkte gesunken. Der im Vormonat begonnene Abwärtstrend setzt sich fort. Die heimische Wirtschaft hat den Konjunkturrückgang im Frühjahr erreicht, über den Sommer ist ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum zu erwarten.

Der nochmalige Rückgang des Bank Austria Konjunkturindikators ist vor allem auf die mittlerweile weniger günstigen internationalen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Das mit den österreichischen Handelsanteilen gewichtete europäische Industrievertrauen sinkt bereits den zweiten Monat in Folge relativ deutlich. Zwar ist in den wichtigsten Absatzmärkten der österreichischen Industrie, insbesondere Deutschland, die Stimmung weiterhin sehr gut, die vor kurzem noch herrschende Euphorie hat sich aber gelegt. Die gestiegene Vorsicht in den Hauptmärkten hat sich nun auch auf Österreichs

Industrie übertragen. Die Stimmung im heimischen exportorientierten Produktionssektor verzeichnete im Mai den stärksten Einbruch seit Winter 2009. Die nachlassende Dynamik im Neugeschäft und schwächer steigende Auftragsbestände drücken auf die Laune im Sektor. Allerdings ist der für das Industrievertrauen ausgewiesene Wert immer noch so hoch wie im vorigen Herbst, als die österreichische Industrie auf einem soliden Wachstumskurs unterwegs war. Während die Hochstimmung in der österreichischen Industrie langsam zurückgeht, sind die Konsumenten noch recht zuversichtlich und weiterhin deutlich optimistischer als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Erholung trotz Stress

Die Erholung der heimischen Wirtschaft bleibt in Schwung. Das Erholungstempo wird durch rohstoffpreisbedingt höhere Inflation, Zurückhaltung der Unternehmen und privaten Haushalte in weiten Teilen der Welt, geringere Risikobereitschaft der Wirtschaftsakteure sowie durch die Auswirkungen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine kontinuierliche geldpolitische Verschärfung gedämpft. Nach einigen Zinsschritten der EZB wird der Refinanzierungssatz zum Jahresende bereits bei zumindest 2 % stehen. Das kostet die österreichische Wirtschaft Wachstum, nach unseren Berechnungen bis zu einem Viertelprozentpunkt gegenüber einem unveränderten Zinsniveau. Die Wachstumsaussichten sind für 2012 mit einem BIP-Anstieg um 1,8 % spürbar zurückhaltender als für das laufende Jahr.

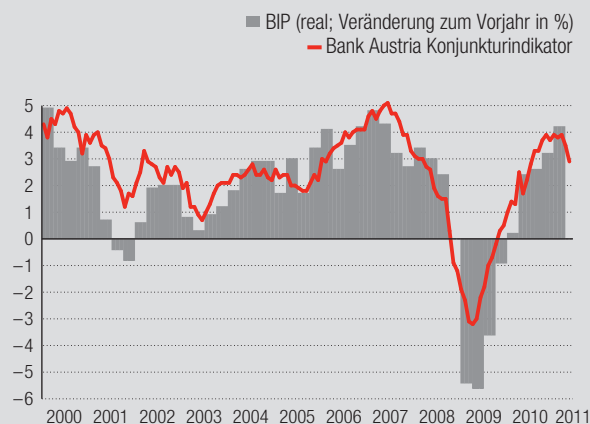
Bank Austria Konjunkturindikator Österreich

Der Bank Austria Konjunkturindikator versucht eine Schätzung des Konjunkturklimas ein halbes Jahr vor Veröffentlichung der BIP-Zahlen zu geben. Ziel ist es, sehr schnell einen Anhaltspunkt über die aktuelle Konjunktursituation zu erhalten, die über die Befragung der Industrie hinausgeht.

Die Komponenten des Bank Austria Konjunkturindikators sind:

- Das Vertrauen der österreichischen Industrie (Gewichtung 10 %).
- Das Vertrauen der Industrie im Euroland gewichtet nach dem österreichischen Außenhandel (Gewichtung 30 %).
- Das Vertrauen der österreichischen Verbraucher (Gewichtung 50 %).
- Das Wachstum der Konsumkredite (Gewichtung 10 %).

Die ersten drei Indikatoren basieren auf dem EU Business and Consumer Survey. Die einzelnen Indikatoren werden dabei gewichtet und standardisiert und ergeben dann einen Schätzwert für den Trend des aktuellen Wirtschaftswachstums. Der Durchrechnungszeitraum für die Standardisierung (er bestimmt in hohem Maß das Niveau des Indikators, nicht die Entwicklung im Zeitverlauf) wird dabei immer wieder aktualisiert. Seit Jänner 2008 erfolgt die Standardisierung auf Basis des gleitenden Durchschnitts der vergangenen zehn Jahre.



Quelle: Statistik Austria, Wifo, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, eigene Berechnungen

Österreich Unter Druck

Der konkurrenzstarke, aber nachfrageschwache Papierkomplex in Österreich

Günter Wolf / guenter.wolf@unicreditgroup.at

Die Papierkonjunktur bleibt 2011 auf einem stabilen Wachstumskurs. Auch die Druckereien erholen sich langsam, können aber das Minus der Vorjahre noch nicht kompensieren. Die Verlagskonjunktur bleibt schwach. In Summe fehlen dem gesamten Bereich stärkere Nachfrageimpulse, 2011 wie in Zukunft.

Das Papierland Österreich

Die zentrale Position der Papierwirtschaft in der österreichischen Wirtschaft misst sich weniger an ihrem Beitrag zur Wertschöpfung von unter 1 % bzw. knapp 2 % inklusive der wichtigsten Papierverbraucher, der Druckereien und Verlage. Viel wichtiger ist die Rolle der Papiererzeugung und der Papierverarbeitung als Kunden der heimischen Holzwirtschaft und zugleich als wesentliche Vorproduktlieferanten der Druckereien und indirekt auch der Verlage. Die sehr guten Produktionsbedingungen aufgrund des Holzreichtums und die dichten Lieferverflechtungen im Land verhelfen zumindest Teilbereichen des Sektors zu hoher Konkurrenzfähigkeit. Im europäischen Kontext hat vor allem Österreichs Papiererzeugung an Stellenwert gewonnen: In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Papier- und Pappeproduktion in Österreich um 71 % auf rund 5 Mio. t, in Europa insgesamt um 43 % auf 102 Mio. t gestiegen. Stellt man den Output in Relation zum gesamten Papierverbrauch im Land von rund 1,9 Mio. t, avanciert Österreich sogar zum viertgrößten Papiererzeugerland der Welt, hinter Finnland, Schweden und Norwegen (Q. FAO).

Konkurrenzvorteile verbessern die Außenhandelsbilanz der Papierhersteller

Die Außenhandelsentwicklung bestätigt die Ausnahmeposition der österreichischen Papiererzeugung im internationalen Vergleich. In den letzten zwanzig Jahren hat sich das Exportvolumen mit Papier und Pappe nahezu verdoppelt, der Außenhandelsüberschuss ist 2010 auf 1,73 Mrd. Euro gestiegen (im Vergleich zum gesamten Außenhandelsdefizit von 4,3 Mrd. €). Die Branche exportiert in der Zwischenzeit 86 % ihrer Produktion.

Österreichs Papierkomplex¹

	Unternehmen 2009 ²	Beschäftigte 2010	02–10	Umsatz 2010, Mio. €	02–10
Papiererzeugung	36	7.300	-19 %	3.500	10 %
Papierverarbeitung	114	9.300	6 %	2.500	
Druckereien	978	13.100	-23 %	2.700	7 %
Verlagswesen	1.184	10.800	11 %	2.600	38 %

¹) Von den vier Einzelbranchen sind die Papiererzeugung mit der Papierverarbeitung und die Druckereien mit dem Verlagswesen oft unter einem Unternehmensdach zu finden.

²) lt. Leistungs- u. Strukturhebung 2009

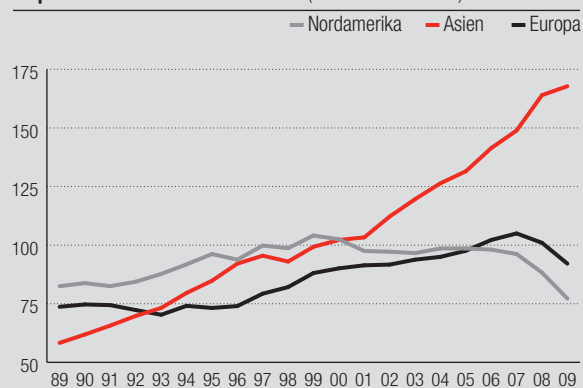
Quelle: Statistik Austria, HV; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Im Vergleich zu den Papiererzeugern sind die Papierverarbeiter stärker auf den Inlandmarkt konzentriert (mit einer Exportquote von 61%). Dass zudem der Exportüberschuss mit Papierwaren seit Jahren sinkt (seit 2004 um fast 50 %) war weniger die Folge des Verlustes an Konkurrenzfähigkeit der heimischen Hersteller, sondern dürfte vielmehr auf ihr gestiegenes Auslandsengagement zurückzuführen sein. Die Auslandsmärkte werden zunehmend vor Ort bedient. Indikatoren dafür sind der im Vergleich zum Importzuwachs deutlich stärkere Rückgang der Papierwarenexporte aus Österreich, während im selben Zeitraum der Umsatz der Papierverarbeiter in Österreich gestiegen ist. Für die Papierverarbeiter ist die Nähe zu ihren Kunden, oft Markenartikelerzeuger mit stark regionalem Bezug, meistens wirtschaftlich unabdingbar.

Konkurrenz Nachteile bedingen ein hohes Außenhandelsdefizit mit Verlagsprodukten

Die Druckereien und die Verlage sind noch stärker als die Papierverarbeiter auf den Heimmarkt ausgerichtet. Allerdings ist die geringe Außenhandelsorientierung der Druckereien, wie bei den Papierverarbeitern, vor allem mit der erforderlichen Nähe zu den Kunden zu erklären, die schwache Exporttätigkeit der Verlage aber ein Hinweis auf die Wettbewerbsschwäche der Branche. Ein Grund für das seit Jahren kontinuierlich steigende Außenhandelsdefizit mit Druck- und Verlagsprodukten. Vor allem ist Österreich aufgrund des kleinen Heimmarktes kein idealer Standort für die Bucherzeugung. Den Markt dominieren deutsche Konkurrenten, die für fast drei Viertel aller österreichischen Druckwarenimporte bzw. ein Außenhan-

Papier- und Kartonverbrauch (in Millionen Tonnen)



Quelle: FAO; Bank Austria Economic & Market Analysis Austria

delsdefizit mit Druck- und Verlagsprodukten von 430 Mio. € von insgesamt 452 Mio. € verantwortlich sind (vgl. Tabelle).

Anhaltender Kostendruck trotz guter Konjunktur

Die Papierverarbeiter und die Druckereien stehen unter einem erheblichen Kosten- und Ertragsdruck. Ursachen dafür sind, vereinfacht formuliert, strukturelle Unterschiede, vor allem die relativ niedrige Unternehmenskonzentration im Vergleich zur Papiererzeugung wie im Vergleich zu wichtigen Kundenbranchen. Damit haben die Papierverarbeiter ihren Lieferanten gegenüber eine relativ schwache Verhandlungsposition und können zugleich die höheren Papierpreise nur unzureichend auf die Produktpreise überwälzen. Zudem leidet die europäische Druckindustrie unter zu hohen Produktionskapazitäten.

Die Ertragslage der Papierverarbeiter und besonders der Druckereien hat sich aufgrund des Kostendrucks 2010 vermutlich nicht verbessert und 2011 wieder verschlechtert – trotz des erfreulich positiven Konjunkturfelds: Im Vorjahr sind die Produktionsleistung der Papiererzeugung und -verarbeitung um 8 %, der Umsatz um 13 % gestiegen. Das Branchenwachstum blieb im ersten Quartal 2011 auf einem ähnlich hohen Niveau und die Produktionserwartungen für die nächsten Monate sind sogar deutlich optimistischer geworden. Auch Österreichs Druckereien verbuchen seit 2011 wieder Zuwächse nach einem Produktionsminus von 3 % 2010 (1. Quartal 2011: Produktion + 2 %, Umsatz + 4 %). Die Konjunkturerholung sollte zumindest 2012 noch zu spüren sein, getragen von der stabilen Konsumnachfrage und stärkeren Zuwächsen der Werbeausgaben. Eine Entspannung bei den Vormaterialkosten ist nicht zu erwarten: Von Mai 2010 bis April 2011 sind die Papierpreise noch praktisch ungebremst gestiegen, erst im Mai verebbte der Preisanstieg. Auch wenn längerfristige Lieferverträge die Papierverarbeiter vor allzu starken Preisschwankungen schützen, zeigt die Entwicklung der Preise aber klar, dass die Papierhersteller ihre eigenen hohen Rohstoffkosten an ihre Kunden weitergegeben haben.

Papierzeuger sind konkurrenzfähig, aber ohne nennenswerte Wachstumsperspektiven

Das relativ hohe Branchen- bzw. Exportwachstum in der Vergangenheit ist zwar ein Hinweis auf die konkurrenzfähigen Produktionsbedingungen der Papierindustrie in Österreich, allerdings ist der Heimmarkt für einen Teil der Produktpalette zu klein und die Branche verliert Inlands-

marktanteile, gemessen am kontinuierlich steigenden Importanteil am Papierverbrauch in Österreich (1990: 42 %, 2010: 66 %; im selben Zeitraum ist die Produktion von Zeitungsdruckpapier um 22 %, der Verbrauch aber um 75 % gestiegen). Ein weiterer Kapazitätsausbau der Papierproduktion in Österreich ist auf jeden Fall unwahrscheinlich.

Perspektiven der papierverarbeitenden Branchen getrübt von Nachfragesättigung und Konkurrenzdruck

Die Papierwarennachfrage in Westeuropa ist vielfach gesättigt; stärkere Verbrauchszuwächse bleiben in Europa in Zukunft auf einige osteuropäische Märkte beschränkt (in der Region liegt der Verpackungspapier- und Kartonverbrauch pro Kopf rechnerisch erst bei 30 kg, in Westeuropa bei 90 kg und in Österreich bei 130 kg). Zudem wächst der Konkurrenzdruck von Seiten alternativer Materialien. In Summe bleibt das Branchenwachstum langfristig unter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsniveau von rund 3 % nominell im Jahr.

Die Druckereien und Verlage leiden zusätzlich zur schwachen Nachfrageentwicklung unter der digitalen Konkurrenz. Die Mediennutzung der Bevölkerung wächst fast ausschließlich zugunsten des Internets, während die Printmedien an Stellenwert verlieren. Ihnen widmeten 14 – 49jährige Deutsche beispielsweise vor zehn Jahren noch 39 Minuten pro Tag, jetzt nur mehr 29 Minuten. Da aber der Prozess der Mediendigitalisierung im Printbereich relativ langsam abläuft und gedruckte Medien genauso wie Bücher weiterhin nachgefragt werden, bleibt den Verlagen und Druckereien zumindest Zeit sich anzupassen (ausgenommen sind Nischenbereiche, wie Nachschlagewerke, die von der Online-Konkurrenz längst vom Markt verdrängt wurden). Unbestritten wird der Anteil von e-books, je nach Definition 1 % bis 9 % vom gesamten Buchmarkt, noch deutlich zulegen. Offen bleibt die Frage, welche Verlage davon profitieren, indem sie mit dem e-book-Engagement ihren Leserkreis erweitern und welche Verlage daran zugrunde gehen, weil sie zu langsam auf die Veränderungen des Marktes reagieren.

Die Marktberreinigung im Druckgewerbe und Verlagswesen ist sicher noch nicht zu Ende. Dennoch werden österreichische Buchverlage wie bisher in Nischen Platz finden und publizieren. Ebenso werden verlagsunabhängige Druckereien Aufträge erhalten, wenn sie beispielsweise maßgeschneiderte Publikationskonzepte anbieten oder die wachsende Nachfrage nach bedruckten Verpackungen befriedigen.

Österreichs Papieraußenhandel

	Exporte				Importe				Bilanz 2010 Mio. €
	2010 Mio. €	02–09 Ø Vdg.	2010	1–3 11	2010 Mio. €	02–09 Ø Vdg.	2010	1–3 11	
Zellstoff, Papier und Papierwaren	4.022	-0,7 %	11,8 %	12,4 %	2.397	-0,1 %	18,0 %	22,9 %	1.624
Altpapier, Holzschliff, Zellstoff	274	-1,3 %	63,6 %	33,9 %	587	-1,5 %	50,2 %	48,3 %	-313
Papier u. Pappe	2.815	0,5 %	11,5 %	11,5 %	1.091	-0,4 %	14,9 %	20,3 %	1.725
Sonstige Papierwaren ¹	933	-3,3 %	3,1 %	9,9 %	720	1,1 %	4,2 %	9,0 %	213
Druckerei-, Verlagsprodukte	475	0,8 %	4,3 %	-1,2 %	927	3,1 %	4,0 %	-1,7 %	-452
Bücher, Landkarten	85	-3,1 %	10,4 %	-24,5 %	465	6,5 %	3,8 %	-5,7 %	-380
Zeitschriften, Wochenzeitungen	41	-3,9 %	-5,7 %	-10,3 %	142	-2,3 %	-3,9 %	-1,7 %	-101
Sonstige Druckerzeugnisse ²	349	2,7 %	4,2 %	6,2 %	320	2,1 %	8,2 %	4,8 %	29

1) Faltschachteln, Hefte, Ordner, Toilettenpapier u. ä. / 2) Werbedrucke, Kataloge, Etiketten, Kalender, Postkarten etc.
Quelle: Statistik Austria; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Stand: Juni 2011

International

Internationale Konjunktur und Finanzmärkte

Der griechische Patient und andere Schuldner sorgen für Bewegung

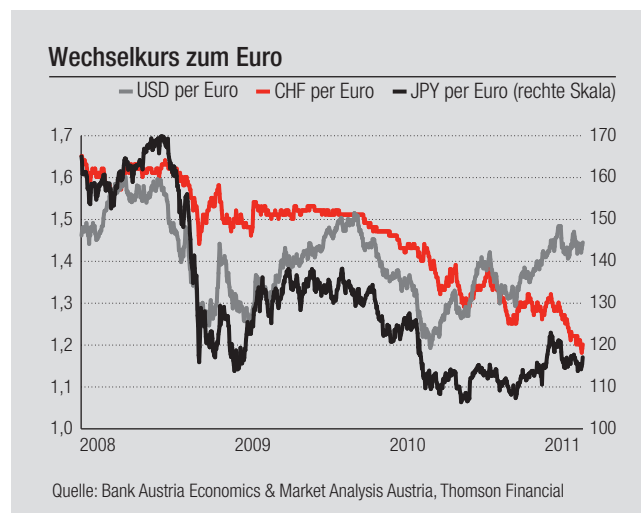
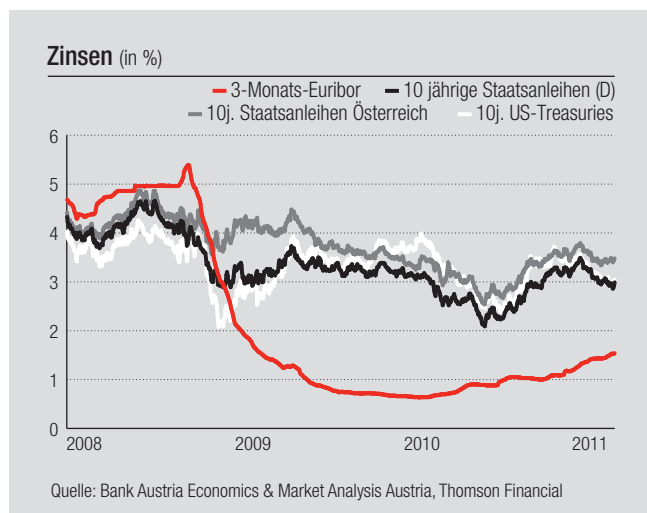
Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

Die öffentliche Verschuldung – dies- und jenseits des Atlantiks – sensibilisiert weltweit die Anleger, umso mehr als die Konjunkturerholung vielerorts gerade an Tempo verliert. Die Inflationssorgen haben seit dem Frühjahr nicht weiter zugenommen, was den Zinsauftriebserwartungen etwas Wind aus den Segeln nimmt. Jenseits der kurzen Frist werden die Anleiherenditen dennoch nach oben ziehen. Auf den Aktienmärkten ist noch eine positive Entwicklung in den Karten, vor allem in den USA. Die Verunsicherung auf den Devisenmärkten bringt eine hohe Volatilität des EUR-USD-Kurses und die anhaltende Suche nach sicheren Häfen.

Die Konjunktur ist nach einem kräftigen Jahresbeginn mittlerweile stärkerem Gegenwind ausgesetzt, der die Erholung weltweit etwas verlangsamt. In den USA erwarten wir im laufenden Jahr ein, angesichts der geld- und fiskalpolitischen Unterstützung, bescheidenes Wachstum von 2,4 %. Die Wahrscheinlichkeit einer Zinserhöhung vor 2012 rückt weiter in die Ferne. Trotz mangelnder Bewegung am Arbeitsmarkt liefern die zusätzlichen quantitativen Lockerungsmaßnahmen der Fed im Umfang von 600 Mrd. USD (QE2) wie geplant Ende Juni aus. Damit sind steigende Anleihenrenditen in Sicht, denn mit dem Rückzug der Fed, die zwischenzeitlich zum größten Gläubiger der US-Regierung avanciert ist, treten die höheren Renditeanforderungen der anderen Gläubiger in den Vordergrund. Auch der hohe Finanzierungsbedarf – der IWF schätzt das Platzierungserfordernis auf jeweils 25–30 % des US-BIP in den nächsten drei Jahren – und die Sorge um das Erreichen der Schuldenobergrenze im Haushalt sowie den steigenden Schuldenstand und die schwellende Rating-Diskussion sprechen für einen

Anstieg der 10jährigen US-Treasuries in Richtung 4 % bis Ende 2011. Von der Verschuldungsdiskussion beeindruckt hat der Dow Jones gegen Ende des Halbjahres an Boden verloren und liegt knapp tiefer als zu Ende des ersten Quartals. Dennoch ist die Performance besser als in Europa (Euro-Stoxx: – 3,7 %), zumal die positiven Bilanzen der Unternehmen für US-Aktien sprechen.

Trotz der endlos ungelösten Geschichte der griechischen Verschuldung ist die konjunkturelle Situation zumindest in den europäischen Kernländern solide, wenn auch da die Zeichen auf Tempozurücknahme bei der Erholung stehen. Auch angesichts der Zuspitzung der Situation um Griechenland wird die EZB nicht von der graduellen Normalisierung der Zinspolitik abrücken. Mit Trippelschritten geht der Leitzins nach unserer Einschätzung bis Jahresende 2011 auf 1,75 %, was die Kapitalmarktzinsen weiter nach oben treiben wird, bei großen Differenzen zwischen Kern- und Peripherieländern. Die Verschuldungsdiskussion wird der bestimmende Impulsgeber auf den Devisenmärkten bleiben. Zwar stützt die vollzogene Zinswende der EZB den Euro gegenüber dem US-Dollar, was den Wechselkurs bis gegen Ende 2011 auf 1,55 steigen lassen sollte, doch sind große Kursausschläge, abhängig vom Zwischenstand im Marathon um eine Lösung für die Verschuldungslage Griechenlands, sicher. Der Schweizer Franken bleibt, solange keine Entspannung in der Eurozone in Sicht ist, als sicherer Hafen gefragt. Die Härte des Franken gibt der Schweizer Geldpolitik aus Sorge um die negativen konjunkturellen Folgen einer weiteren Aufwertung keinen Spielraum: Die Schweizer Zinsen bleiben noch länger im Keller.



International

CEE: Der Weg wird steiniger

Gillian Edgeworth / gillian.edgeworth@unicreditgroup.eu

Kurz vor dem 3. Quartal ist die Fähigkeit der CEE-Region, der derzeitigen globalen Wachstumsabschwächung zu trotzen, das zentrale Thema. Dass sich die CEE-Länder synchron mit der Weltwirtschaft entwickeln, steht außer Zweifel.

Die Binnennachfrage in der CEE-Region* könnte in den nächsten Quartalen die Funktion eines „automatischen Stabilisators“ einnehmen, wenn sich die globale Abschwächung nicht nennenswert beschleunigt. In vielen Ländern der Region hat sich die Binnennachfrage bislang nur schleppend erholt. Die größte Ausnahme ist die Türkei, gefolgt von Polen, Kasachstan und der Ukraine. Den jüngsten Zahlen zufolge liegen die Wachstumsraten der Industrieproduktion in den neuen EU-Ländern saisonbereinigt und annualisiert gegenüber dem Vorquartal fast im zweistelligen Bereich. Die Einzelhandelsumsätze weisen dagegen kaum Steigerungsraten auf. Russland ist ein weiteres Beispiel für ein Land, in dem sich die Wachstumsrate des Privatkonsums im 4. Quartal des letzten Jahres deutlich abgeschwächt hat. Dieser Trend hat sich im 1. Quartal fortgesetzt.

Wir führen diese schwache Binnennachfrage zum Teil auf den angebotsseitigen Anstieg der Inflation in Verbindung mit der nur schwachen Erholung der Arbeitsmärkte zurück. Der Inflationsanstieg ist das Ergebnis höherer Energiepreise in der Region und der weltweit gestiegenen Lebensmittelpreise und Ernteaussfälle in mehreren Ländern im vergangenen Jahr. Die durchschnittliche Inflation in den CEE-Ländern lag im April bei 5,5%. Wir schätzen, dass 4,3 Prozentpunkte dieses Inflationsanstiegs der letzten zwölf Monate auf die Lebensmittel- und Energiepreise zurückzuführen sind. Diese beiden Komponenten machen im Durchschnitt 47% des Inflationskorbs der Region aus. Die restlichen 53% waren nur für 1,2 Prozentpunkte verantwortlich. In den EU-Ländern, über die wir berichten, betrug die Inflation 4,2% J/J. Dazu trugen die Lebensmittel- und Energiepreise mit 3,9 Prozentpunkten bei. Diese beiden Komponenten repräsentieren im Durchschnitt 43% des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Die anderen 57% der Inflation in den EU-Ländern, über die wir berichten, machten nur 0,3 Prozentpunkte des HVPI in den zwölf Monaten bis April aus. Betrachtet man die bis Januar 2002 zurückreichenden Daten, so war der Beitrag der Kernelemente des Inflationskorbs zu den HVPI-Zuwächsen noch nie so gering wie in den letzten zwölf Monaten.

Wir erwarten einen Rückgang der Inflation, der einen Anstieg der realen Kaufkraft der Verbraucher und der Binnennachfrage auslösen sollte. Angenommen, die Lebensmittel- und Energiepreise bleiben in den nächsten zwölf Monaten unverändert, dann würde die Inflationsrate fast das ganze 3. Quartal über auf dem aktuellen Stand verharren.

*) Zu den CEE-Ländern gehören Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Kasachstan, Russland, Serbien, die Türkei und die Ukraine.

Im 4. Quartal dieses Jahres und im 1. Quartal 2012 würde sie dann deutlich sinken. Dies würde für die Region einen Inflationsrückgang auf unter 2% bis April 2012 bedeuten. Wenn wir dasselbe Beispiel für die EU-Länder unserer Gruppe durchrechnen, sinkt die Inflationsrate bis April nächsten Jahres auf unter 1% J/J. Dass die Lebensmittel- und Energiepreise in den nächsten zwölf Monaten nicht steigen, mag unrealistisch erscheinen, doch dass die Anstiege in den nächsten zwölf Monaten nicht so stark sind wie in den vergangenen zwölf Monaten ist unseres Erachtens so unrealistisch nicht. Dabei ist es hilfreich, dass Rumänien nicht mit einer weiteren Mehrwertsteuererhöhung von 5 Prozentpunkten (entspräche +4,4 Prozentpunkte im VPI) im Juli konfrontiert ist oder dass Polen keine erneute Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt im nächsten Jänner plant. Wenn die Auslandsnachfrage schwächere Wachstumsraten aufweist, aber nicht schrumpft, dann dürfte eine niedrigere Inflation ein höheres reales Einkommenswachstum begünstigen, sodass die Binnennachfrage die Wirtschaftsaktivität stärker stützen kann. Die Türkei bildet die Ausnahme: Dort befindet sich die Inflation in einem Aufwärts- statt in einem Abwärtstrend, was potenziell eine starke Unterstützung der CBT darstellt, den Konsumdruck zu dämpfen. In diesem Szenario erwarten wir in der Region ein Wachstum auf dem Niveau des Vorjahres von rund 4,2%, wobei jedes Land erstmals seit vier Jahren im positiven Bereich liegt.

Keine Eile in der Geldpolitik

Angesichts der schwächeren Auslandsnachfrage, der allmählichen Erholung der Binnennachfrage und günstiger Basiseffekte, welche die Inflation in den kommenden Quartalen dämpfen dürften, wird jedwede Straffung der Geldpolitik voraussichtlich schrittweise erfolgen. Die Nominalzinsen in der gesamten Region befinden sich weiterhin auf Rekordtiefs, und die Realzinsen in vielen Ländern sind im negativen Bereich.

BIP-Entwicklung ausgewählter CEE-Länder (Wachstum real, in %)

	2010	2011	2012
Bulgarien	0,2	2,6	3,3
Estland	3,0	4,5	4,3
Lettland	-0,5	3,8	3,5
Litauen	1,3	3,7	3,0
Polen	3,8	4,4	3,9
Rumänien	-1,3	1,7	3,4
Slowakische Republik	4,0	3,1	4,5
Slowenien	1,2	2,6	2,9
Tschechische Republik	2,3	2,0	3,0
Ungarn	1,2	2,8	3,5
Kroatien	-1,4	1,6	2,3
Türkei	8,2	4,4	4,1
Russland	4,0	4,6	3,9

Quelle: UniCredit Research

Fiskalpolitik könnte den Ausschlag geben

Die Fiskalpolitik spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in der Region, nicht zuletzt weil eine Reihe von Wahlen ansteht.

1. In der **Türkei und in Polen** würde eine Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung dazu beitragen, die Leistungsbilanzdefizite abzubauen und die Abhängigkeit von den kurzfristigen Kapitalzuflüssen zu reduzieren. Die Haushaltslage in beiden Ländern hat sich verbessert. Die Türkei macht besonders eindrucksvolle Fortschritte: Das Haushaltsdefizit ist gegenüber den ersten fünf Monaten des letzten Jahres um 3 % gesunken. Die Ankündigung eines fiskalpolitischen Maßnahmenpakets in der Türkei, um das Defizit weiter abzubauen, hätte positive Auswirkungen. Es scheint aber wahrscheinlicher, dass die Regierung eine weniger „aufsehenerregende“ Strategie verfolgt, um die Zielvorgaben zu erfüllen. In Polen wäre die Verabschiedung des Haushalts 2012 vor den Sommerferien des Parlaments und den Parlamentswahlen im Oktober ein starkes Bekenntnis zum Konsolidierungspfad, der im Konvergenzprogramm beschrieben wurde.

2. In **Ungarn und der Ukraine** lautet die zentrale Frage in den nächsten Quartalen, ob die Regierungen ihre Reformpläne umsetzen werden. Das deutlichste Risiko ist die Selbstzufriedenheit, ausgelöst durch einen leichten Marktzugang. In der Ukraine sind der mangelnde Fortschritt bei der Rentenreform und der Erhöhung der Gastarife vor den Sommerferien des Parlaments ein klarer Negativfaktor, der signalisieren könnte, dass die Regierung nach dem Sommer und vor den Parlamentswahlen im nächsten Jahr noch weniger bereit ist, Reformen voranzutreiben. In Ungarn ist die für das 4. Quartal anberaumte Debatte über den Haushalt für nächstes Jahr das stärkste Bekenntnis zum Engagement der Regierung und dürfte der wichtigste inländische Faktor für die Entwicklung der Renditen bis zum Jahresende sein.

3. In **Rumänien** liegt der Fokus auf strukturellen Reformen und weniger auf der Reduzierung des Defizits. Fortschritte bei wichtigen Privatisierungsprojekten und eine effizientere Verwendung der Strukturfonds gemäß des vorsorglichen IWF-Programms würden den Staatsfinanzen, der Zahlungsbilanz und den allgemeinen Wachstumsaussichten zugute kommen. In Kroatien dürfte nach den Parlamentswahlen im 4. Quartal der Druck auf die Regierung steigen, das Haushaltsdefizit in Angriff zu nehmen. In **Slowenien** besteht das große Risiko, dass für den Staat weitere Kosten der Bankenrekapitalisierung anfallen. Das Land kämpft außerdem mit den fiskalpolitischen Folgen der gescheiterten Rentenreform. Werden keine Fortschritte erzielt, würden diese Länder künftig stärker die Negativschlagzeilen beherrschen.

Wenn sich die Lage am Rande der EWU zuspitzt ...

Abschließend beleuchten wir die Folgen eines negativeren Szenarios für die Region, d.h. wenn sich die Lage am Rand der EWU (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) zuspitzt. Unser Basisszenario für diesen Bericht beruht auf der Annahme, dass der IWF und die EU die Rückzahlung der in den kommenden Monaten fällig werdenden Anleihen übernehmen und genug Kredite gewähren, mit denen Griechenland seinen Finanzbedarf 2012/2013 und möglicherweise auch 2014 decken kann. Das negative Szenario beinhaltet eine anhaltende politische Unsicherheit in Griechenland und/oder in der EWU, welche die Spareinlagen des Landes oder anderer peripherer Volkswirtschaften

und die Finanzierungsmöglichkeiten des Landes gefährden würden. Dies würde die Risiken für den Bankensektor in Europa und die Konjunkturerholung deutlich erhöhen. Wir sehen drei Bereiche, auf die sich diese Entwicklungen in der CEE-Region auswirken könnten: Risikobereitschaft, Verflechtung des Bankensektors und Handelsbeziehungen.

1. Globale Risikobereitschaft:

Sollte das Geschehen am Rand der EWU Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern zur Folge haben, dürften Kasachstan (13,3 % des BIP), Kroatien (9,2 %) Slowenien (12,6 %), Polen (6,6 %) und Ungarn (7,1 %) am stärksten betroffen sein, jedenfalls wenn man den Anteil am BIP als Maßstab nimmt. In diesen Ländern sind die Zuflüsse seit Anfang des Jahres nämlich am größten. In absoluten Zahlen verzeichneten Polen, die Türkei und Ungarn die stärksten Zuflüsse.

2. Verflechtung der Banken:

In diesem Bereich sind die Volkswirtschaften des Balkans am stärksten gefährdet, mit Bulgarien an der Spitze. Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zufolge haben griechische Banken an Kreditnehmer in Bulgarien Kredite in der Größenordnung von 31 % des bulgarischen BIP vergeben. Das Engagement in Serbien und Rumänien beträgt 18,5 % bzw. 13,1 % des jeweiligen nominalen BIP. Die Türkei liegt an vierter Stelle mit 4,2 % des türkischen BIP. In den letzten vier bis fünf Quartalen hat sich dieser Trend in den Ländern auseinanderentwickelt. In Bulgarien und Rumänien hat er sich von seinem Hoch abgeschwächt und in Serbien und in der Türkei, zumindest bis zum 4. Quartal des letzten Jahres, verstärkt.

3. Handelsbeziehungen:

Hier ist die große Mehrheit der Länder auf der sicheren Seite. 15,1 % aller CEE-Exporte im letzten Jahr gingen nach Deutschland, nur 3,3 % gingen in die Länder am Rand der EWU. Bis jetzt konnte das starke Wachstum in Deutschland die Abschwächung der Exportnachfrage anderswo mehr als kompensieren. Bulgarien ist das einzige Land in unserer Gruppe, das mehr in die Peripherie, vor allem nach Griechenland, exportiert als nach Deutschland.

Sollte sich die Lage am Rand der EWU zuspitzen, werden zumindest Teile der CEE-Region zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden. Es gibt aber auch einige Faktoren, welche die harten Folgen abfedern könnten. Die vorsorgliche Vereinbarung des IWF mit Rumänien bedeutet, dass die Wiener Initiative weiterhin Bestand hat und die Aktivitäten der ausländischen Banken aufmerksam beobachtet werden. Sollte der Druck auf Serbien deutlich zunehmen, haben die Behörden die Möglichkeit, mit dem IWF kurzfristig eine vorsorgliche Vereinbarung zu schließen. Wie in Rumänien würde dies das Wiederinkrafttreten der Wiener Vereinbarung erleichtern. Andere Länder sind derzeit mit überschüssigen Kapitalzuflüssen und nicht mit Kapitalabflüssen konfrontiert. Sollte Kapital nach Griechenland zurückgeführt werden, könnte dieses durch andere Länder kompensiert werden. Zudem hat die EBRD eine Finanzierungsfazilität für Banken in der CEE-Region eingerichtet, die Rekapitalisierungsbedarf haben, der nicht von den Mutterbanken gedeckt werden kann. Alle diese Maßnahmen dürften der Region mehr Stabilität verleihen, sodass sie auf einem, wenn auch steinigem, Wachstumskurs für den Rest des Jahres 2011 bleiben könnte.

Fokus

Erfolgslauf des Exportsektors

Freud und Leid der österreichischen Exportstärke

Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

Die steigende Exportausrichtung hat der heimischen Wirtschaft zusätzliche Dynamik verschafft und Österreich zu mehr Wohlstand verholfen. Allerdings ist auch der Einfluss globaler Konjunkturströmungen auf die heimische Wirtschaft gestiegen, was sich in der jüngsten Krise deutlich gezeigt hat. Dennoch kann Österreich nur durch eine Fortsetzung des Erfolgslaufs im Export sein hohes Wohlstandsniveau halten.¹

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 hat sich, unterstützt durch die Ostöffnung, die Dynamik im österreichischen Außenhandel deutlich erhöht. Zwischen 1995 und 2010 stiegen die Exporte um nominell 6,5 % jährlich, nach rund 5 % im Jahrzehnt davor. Damit sind Österreichs Exporte auch deutlich stärker gewachsen als jene der Länder der EU-15. Die Exportquote Österreichs stieg zwischen 1995 und 2010 um fast 15 Prozentpunkte von 24 auf fast 39 %. In den Ländern der EU-15 ist die Exportquote im gleichen Zeitraum dagegen um durchschnittlich „nur“ 9,5 Prozentpunkte gestiegen.

Dieser Erfolgslauf des Exportsektors verschaffte Österreich einen spürbaren Wachstumsvorsprung. In den Jahren vor dem EU-Beitritt hatte die österreichische Wirtschaft ihr Wachstum in den meisten Jahren der Binnenkonjunktur zu verdanken, während vom Außenhandel ein dämpfender Effekt auf die Gesamtwirtschaft ausging. Zwischen 1985 und 1995 stieg die reale Wirtschaftsleistung um insgesamt 28,6 %, bzw. durchschnittlich rund 2,5 % pro Jahr. Damit war das Wirtschaftswachstum in Österreich im Durchschnitt etwa gleich hoch wie in den Ländern der damaligen Europäischen Union (EU-12). Ab dem Jahr 1995 führten die durch Globalisierung, EU-Binnenmarkt, Euroeinführung und Ostöffnung verbesserten Rahmenbedingungen zu einer Beschleunigung der Exportdynamik und der Außenhandel begann das Wirtschaftswachstum in Österreich zu stützen. Rund ein Drittel des BIP-Anstiegs war in den vergangenen fünfzehn Jahren im Durchschnitt dem Außenbeitrag zu verdanken. Die reale Wirtschaftsleistung stieg in diesem Zeitraum um insgesamt 36,6 %. Damit lag die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate mit 2,1 % unter dem Vergleichswert für das Jahrzehnt vor dem EU-Beitritt. Wenn man den massiven Einbruch des Jahres 2009 im Zuge der globalen Wirtschaftskrise aus der Berechnung herausnimmt, lag das durchschnittliche Wirtschaftswachstum mit 2,5 % hingegen gleichauf mit dem Niveau vor dem EU-Beitritt. Der positive Effekt der zunehmenden Orientierung der heimischen Wirtschaft auf den Außenhandel zeigt sich aber vor allem darin, dass die durchschnittlichen Wachstumsraten

in Österreich seit dem Jahr 1995 spürbar über den Vergleichswerten für die Europäische Union liegen. In den zwölf Ländern, die bereits vor dem Jahr 1995 der EU angehörten, hat sich das durchschnittliche Wachstum in den vergangenen fünfzehn Jahren auf 1,7 %, bzw. unter Herausrechnung des Krisenjahres 2009 auf 2,1 % reduziert.

Starkes Comeback nach Einbruch in der Krise

Mit der gestiegenen Exportorientierung und der wachsenden Bedeutung der Außenwirtschaft für die Gesamtkonjunktur ist die österreichische Wirtschaft anfälliger für globale Konjunkturerlöbnisse geworden, aber es haben sich auch die Chancen erhöht, von einer von außen getragenen Erholung zu profitieren. Die weltweite Konjunkturschwäche infolge der Finanzkrise wurde für die österreichische Wirtschaft über den Transmissionsmechanismus Außenhandel daher rasch und sehr deutlich spürbar. Im Jahr 2009 sanken die Warenexporte Österreichs gegenüber dem Vorjahr um mehr als 20 % nominell. Das entspricht einem Rückgang um absolut 23,8 Mrd. Euro. Zwischen dem Höchstwert, der im Frühjahr 2008 verzeichnet wurde, bis zum Tiefpunkt der Exportnachfrage am Höhepunkt der schwachen Weltkonjunktur im April 2009 sanken die monatlichen Warenausfuhren Österreichs um fast 28 %.

Seit der Trendwende im Frühjahr 2009 hat sich im Sog der globalen Nachfrageerholung auch die Nachfrage nach österreichischen Erzeugnissen wieder deutlich gesteigert. Das monatliche Exportvolumen ist mittlerweile um rund 26 % gestiegen und hat damit bereits rund 92 % des Vorkrisenniveaus erreicht. Die heimische Exportwirtschaft ist in beeindruckender Weise in der Lage, den globalen Aufschwung zu nutzen und behauptet sich wesentlich besser als jene der meisten anderen EU-Mitglieder.

Die Geheimnisse des Erfolgs

Eines der Erfolgsrezepte der österreichischen Exportwirtschaft besteht darin, die Abhängigkeit von einzelnen Absatzmärkten reduziert und sich rechtzeitig neuen, dynamischeren Märkten zugewandt zu haben. So hat sich die Konzentration auf die Europäische Union trotz Einführung des Binnenmarkts etwas verringert, während die Länder Zentral- und Osteuropas an Bedeutung gewannen. Auch die Fokussierung auf die Wachstumsmärkte in Asien und Amerika hat zugenommen. Der Spielraum der österreichischen Exportwirtschaft hat sich damit in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert. Zudem sind die österreichischen Exportunternehmen ausgezeichnet aufgestellt und aufgrund erheblicher Produktivitätsgewinne international enorm wettbewerbsfähig. Rund zwei Drittel der österreichischen Exporte sind sogar überdurchschnittlich wettbewerbsfähig:

¹ Der vorliegende Artikel basiert auf der Bank Austria Analyse „Österreich: Stark im Export“, die in Kürze auf der Homepage der Bank Austria kostenlos verfügbar ist.

Zu den wettbewerbsstärksten Warengruppen im österreichischen Außenhandel zählen Produkte der Holz- und der Papierindustrie, des Maschinenbaus, der Fahrzeugindustrie und ihrer Zulieferer, der Nahrungsmittelerzeugung sowie der Pharmaindustrie. In Summe formen diese Branchen das Herzstück der heimischen Industrie, von dem maßgebliche Wachstumsimpulse ausgehen und in dem fast die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze bereitgestellt werden. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft ist die Grundlage für die stabile Entwicklung der österreichischen Leistungsbilanz. In Summe lieferten die als überdurchschnittlich wettbewerbsfähig identifizierten Produktgruppen 2010 einen Außenhandelsüberschuss von 20 Mrd. Euro. Die höchsten positiven Beiträge in der Außenhandelsbilanz kommen vom Maschinenbau und den Motorenherstellern (insgesamt rund 7 Mrd. Euro), von der Stahlindustrie (2,7 Mrd. Euro) und der Papier- und Holzindustrie (in Summe 3,3 Mrd. Euro).

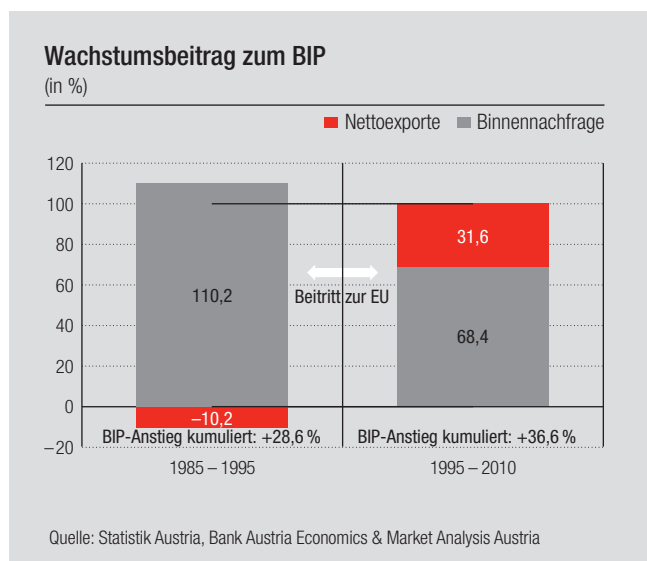
Die hohe Produktqualität ist der wichtigste Wettbewerbsfaktor. In einem Hochlohnland mit umfassenden Sozialstandards können sich die Unternehmen nur im „Qualitätswettbewerb“ erfolgreich positionieren. Die Analyse der Entwicklung der Außenhandelsbilanzen und der Exportwerte pro Produkteinheit zeigt, dass fast 80 % der österreichischen Exportwaren in diese Kategorie fallen. Seit Mitte der 90er Jahre haben sich die Außenhandelsbilanzen mit diesen Waren parallel zur durchschnittlichen Produktqualität verbessert.

Langfristig profitieren – Wachstumsträger Export bringt Beschäftigung und Einkommen

Die Chancen für die österreichische Exportwirtschaft langfristig weiterhin Erfolge zu feiern, sind ausgezeichnet. Neben der hohen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen in einer Vielzahl von Produktparten und der hohen Flexibilität bei der Auswahl potenzieller Absatzmärkte bietet ein rasant größer werdender globaler Außenhandelskuchen infolge des Aufholbedarfs der Schwellenländer ein enormes Potenzial. Der Außenhandel nimmt bereits seit den 1960er Jahren stark an Bedeutung für die Weltwirtschaft zu. Die globale

Exportquote (Summe der weltweiten Warenausfuhren in Verhältnis zum Welt-BIP) hat sich von knapp 10 % im Jahr 1960 auf mittlerweile fast 25 % erhöht, wobei sich insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre die Zunahme spürbar beschleunigt hat. Begünstigt durch den Abbau von Handelshemmnissen, das Entstehen neuer Wachstumssspots und der Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung im Zuge der Globalisierung ist der weltweite Außenhandel stärker als die Gesamtwirtschaft gestiegen. Die globalen Exporte haben in den vergangenen 15 Jahren um rund 10 % nominell jährlich (gemessen in US-Dollar) zugelegt. Unterstellt man für die kommenden Jahre eine ähnlich starke Fortsetzung dieses langfristigen Trends und setzt für die österreichische Exportwirtschaft das Ziel, den Anteil an den weltweiten Exporten nur konstant bei rund 1 % zu halten, ergibt sich für die heimische Wirtschaft ein kontinuierlicher Anstieg der Bedeutung des internationalen Warenverkehrs. Von unter 40 % des BIP würde die Warenexportquote in Österreich auf knapp unter 50 % 2015 und fast 60 % im Jahr 2020 steigen.

Berücksichtigt man auch die Dienstleistungsexporte, so liegt diese Exportquote im weiteren Sinn 2010 sogar bei fast 50 % und könnte bis 2015 auf über 60 % und 2020 auf über 75 % ansteigen. Das würde bedeuten, dass in Österreich in rund einem Jahrzehnt bereits 3 von 4 Euro außerhalb der Landesgrenzen verdient werden. Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse werden damit auch vom Außenhandel abhängig bzw. erst durch die Exporttätigkeit geschaffen. Allein 2010 sind von den über 20.000 neuen Jobs, die im Jahresverlauf in der heimischen Wirtschaft entstanden, wohl mehr als 15.000 dem Export zu verdanken. Die Wirtschaftskammer Österreich geht davon aus, dass heute bereits jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export abhängt, angesichts des zu erwartenden Exportwachstums mit stetig steigender Tendenz in den kommenden Jahren. Somit wird die Außenwirtschaft zum immer stärker bestimmenden Wohlfaktor Österreichs werden und vice versa kann Österreich nur durch ein weiterhin erfolgreiches Engagement im Ausland sein hohes relatives Wohlstandsniveau auch auf lange Sicht halten.



Fokus

Ein starker Charakter nutzt sein Potenzial

Standort Tirol gewinnt an Format

Walter Pudschedl / walter.pudschedl@unicreditgroup.at

Tirol hat in Zeiten sehr schwieriger globaler Rahmenbedingungen Charakter und Leistungsfähigkeit bewiesen. In unserer neuen Standortanalyse* zeigen wir, dass der Standort im Vergleich zu anderen österreichischen Bundesländern an Anziehungskraft gewonnen hat. Dies ist keinesfalls ein Ruhekitz, sondern das Sprungbrett zum Aufbruch in eine erfolgreiche Zukunft.

In unserem Ranking aller österreichischen Bundesländer, in dem wir auf Basis einer großen Anzahl verschiedener regionaler Wirtschaftsindikatoren eine Einschätzung des aktuellen Leistungsvermögens und der tatsächlichen Konkurrenzfähigkeit vornehmen, konnte sich Tirol klar verbessern. In der ersten Ausgabe unserer Broschüre „Standort Tirol“ von 2008 belegte Tirol noch den sechsten Platz mit einem schlechteren Score als der Bundesländerdurchschnitt. Trotz eines durch die globale Konjunkturkrise geprägten wirtschaftlichen Umfelds und einer unter schwierigen Rahmenbedingungen bzw. zunehmenden externen Risiken ablaufenden Erholung konnte Tirol seine relative Position verbessern und nimmt nunmehr in unserem Standortranking, das weiterhin von Oberösterreich angeführt wird, den dritten Rang ein.

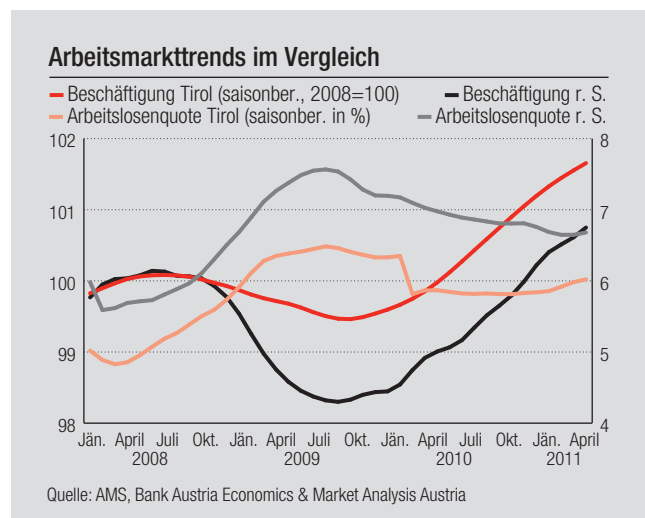
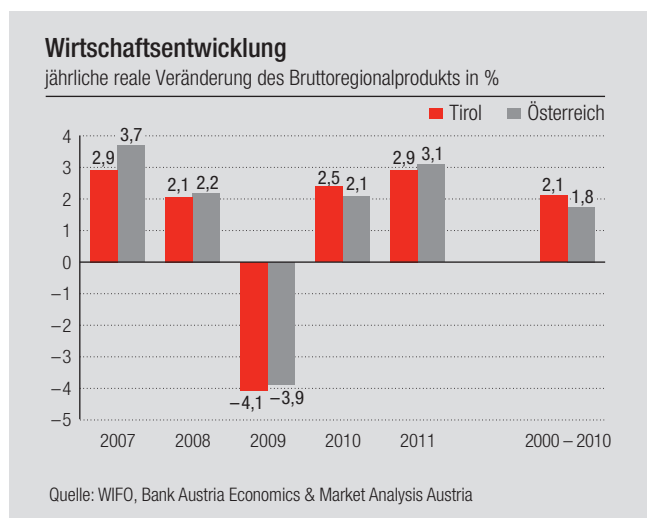
Stark aus der Krise

Breiter und vielfältiger aufgestellt als noch vor wenigen Jahren hat die Tiroler Wirtschaft die Konjunkturkrise relativ gut überwinden können. Dem starken Einbruch des Jahres 2009 folgte im Schlepptau der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft 2010 der Beginn einer Auf-

schwungsphase mit beachtlicher Stärke. Die Tiroler Wirtschaft hat 2010 mit einem überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstum von 2,5% (Österreich: +2,1%) positiv überrascht. Wesentlichen Beitrag lieferte die Sachgütererzeugung mit einem zweistelligen Produktionsanstieg. Als eines jener Bundesländer, dessen Exportwirtschaft besonders stark auf den nachbarlichen Absatzmarkt Deutschland ausgerichtet ist, profitierte Tirol vom kräftigen Antrieb der deutschen Konjunkturlokomotive besonders stark. Auch viele Teile des Dienstleistungssektors – allerdings nicht der Tourismus, dessen Anteil an der regionalen Wirtschaftsleistung mit 12% der höchste in Österreich ist – konnten in einem deutlich verbesserten Stimmungsumfeld im Jahr 2010 kräftig expandieren. Dagegen dämpfte die ungünstige Entwicklung in der Bauwirtschaft die wirtschaftliche Dynamik, wenn auch nicht ganz so stark wie in Gesamtösterreich. Die Wirtschaftsleistung liegt mit geschätzten 24,9 Mrd. Euro, was etwa 8,75% des österreichischen Gesamtwerts entspricht, in absoluten Zahlen bereits wieder über dem Vorkrisenniveau, in realen Werten wird dies Ende 2011 erreicht sein. Denn die Tiroler Wirtschaft setzt den im Vorjahr eingeschlagenen Wachstumspfad 2011 fort und kann das angeschlagene Erholungstempo voraussichtlich sogar erhöhen. Wir gehen von einem Anstieg der Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr 2011 um fast 3% aus.

Das verspricht eine weitere Verbesserung der Lage am Tiroler Arbeitsmarkt, der die Wirtschaftskrise im Bundesländervergleich gut überstanden hat. Die Beschäftigung brach deutlich schwächer ein und die Arbeitslosigkeit stieg weniger als im Österreichsschnitt. Auch seit

*) Eine detaillierte Analyse der Gegebenheiten am Standort Tirol sowie ein Überblick über die aktuelle Förderlandschaft sind in der neuen Publikation der Bank Austria „Standort Tirol: Ein starker Charakter nutzt sein Potenzial“ enthalten. Die Bundesländer-Broschüre kann als Druckexemplar kostenlos unter Tel.: 05 05 05 DW 56148 (Tonband) oder per E-Mail unter pub@unicreditgroup.at bestellt werden, bzw. ist auf der Homepage der Bank Austria frei verfügbar.



Beginn der Erholung hat sich der Arbeitsmarkt in Tirol günstiger als in Gesamtösterreich entwickelt. Die Beschäftigung hat bereits ein neues Allzeithoch erreicht. Die Arbeitslosenquote, die traditionell unter dem Österreichwert liegt, sank im Jahr 2010 auf 6,1 % (2009: 6,4 %). Für das Gesamtjahr 2011 ist im Gleichschritt mit der gesamtösterreichischen Entwicklung ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,9 % (Österreich: 6,6 %) und ein neuer Rekordbeschäftigtenstand in Sicht.

Mit Charakterstärke in die Zukunft

Die aktuellen Erfolge sind auf die gezielten Initiativen zur zügigen Verbesserung der strukturellen Gegebenheiten und der Standortqualität in Tirol zurückzuführen. Als ein auf Bodenständigkeit bedachter und seine Wurzeln wahrer, aber dennoch weltoffener, moderner Standort hat Tirol in den vergangenen Jahren dadurch an Format gewonnen. Zum einen profitierte die Wirtschaft des Landes vom Rückenwind der geopolitischen Veränderungen seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Die Einführung des EU-Binnenmarkts und die gemeinsame Währung unterstützten ein Entwaschen aus der wirtschaftlich beengenden Kleinräumigkeit und die Ausnutzung der günstigen Lage an der Schnittstelle zwischen dem technologisch führenden bayrischen und dem dynamischen oberitalienischen Wirtschaftsraum. Zum anderen wurde aktiv begonnen, das wirtschaftliche Profil Tirols an die Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft anzupassen. Zwar ist Tirol Österreichs unbestrittenes Tourismuszentrum Nummer Eins und verfügt über eine vielseitige, breit gefächerte, klein- und mittelbetrieblich strukturierte Industrie, doch besteht nur eine relativ geringe Anzahl von Leitbetrieben in zukunftssträchtigen Segmenten. Der individuelle Erfolg einiger Sparten beeinflusst aufgrund der hohen wirtschaftlichen Abhängigkeit die Gesamtentwicklung sehr stark. Die Durchdringung der Wirtschaft mit Unternehmen im Hochtechnologiebereich ist

verhältnismäßig gering, ein Mangel an qualitativ ansprechenden Arbeitsplätzen insbesondere in peripheren Gebieten ist die Folge.

Qualität ist vor einigen Jahren zum Maßstab Tiroler Standort- und Strukturpolitik erhoben worden und erste Früchte sind bereits zu sehen. Gezielte Bildungsinitiativen und die Stärkung von Forschung und Entwicklung haben sich begonnen auszuzahlen. Der Wirtschaftsstandort Tirol zeigt mittlerweile als Standort für innovative Produktionsunternehmen, intelligente, kreative Dienstleister und zukunftsweisende Forschung in Schlüsselbereichen auf. Nicht zufällig hat Tirol die jüngste Konjunkturkrise besser als die meisten anderen österreichischen Bundesländer überstanden und befindet sich bereits wieder auf einem kräftigen Erholungskurs, der sich auch am Arbeitsmarkt positiv bemerkbar macht.

Um die derzeitigen Erfolge nachhaltig abzusichern, müssen noch einige Hausaufgaben gemacht werden. Unter anderem gilt es, das vorhandene Innovations- und Gründerpotenzial massiv zu stärken, damit die eingesetzten Forschungsmittel sich in noch mehr konkrete, wirtschaftlich zählbare Ergebnisse niederschlagen können. Die klare Verbesserung in unserem Bundesländervergleich zwischen der ersten Ausgabe unserer Publikation Standort Tirol und heute verdeutlicht, dass Tirol sich auf einem vielversprechendem Weg befindet, um die zukünftigen Herausforderungen sehr erfolgreich zu meistern. Tirol ist heute besser als noch vor wenigen Jahren aufgestellt, um die Chancen des europäischen Binnenmarkts und der Globalisierung zu nutzen. Aufgrund seiner hohen Attraktivität als kompetenter und an Wettbewerbsfähigkeit gewinnender Standort, der zusätzlich mit einzigartiger Lebens- und Freizeitqualität punktet, bestehen sehr gute Voraussetzungen, dass bei sinnvoller weiterer Anpassung der vorhandenen Basis die Tiroler Wirtschaft auch in den kommenden Jahrzehnten zu den überdurchschnittlich erfolgreichen in Österreich zählen wird.

Tabelle 1: S(trengths) W(eaknesses) O(pportunities) T(hreats)-Analyse

Stärken

- Geopolitische Lage an der Schnittstelle zwischen den dynamischen süddeutschen und oberitalienischen Wirtschaftsräumen
- Vielfältige Wirtschaftsstruktur basierend auf klein- und mittelbetrieblicher Struktur
- Erfolgreiche Forschungsschwerpunkte (z.B. Life Sciences)
- Gutes Bildungsangebot (Universitäten, Fachhochschulen etc.)
- Hervorragendes sozioökonomisches Umfeld, Sicherheit, gut ausgebaute Gesundheitsversorgung und gute Infrastrukturausstattung
- Hohe Lebensqualität mit vielfältigen sportlichen und kulturellen Freizeitangeboten in einer einzigartigen, intakten Landschafts- und Naturkulisse

Chancen

- Integration in größeren Wirtschaftsraum
- Ausbau überregionaler Kooperationen und Netzwerke in Stärkefeldern
- Tourismuskompetenz mit sektoraler Qualitätsführerschaft
- Qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für weitere Bevölkerungskreise, Internationalisierung der Bildung
- Gründer- und Innovationspotenzial
- Infrastrukturausbau zur Verbesserung der regionalen Erreichbarkeiten und Verringerung der Transitproblematik
- Energieunabhängigkeit (Wasserkraft)

Quelle: ÖIR, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Schwächen

- Starke interregionale Disparitäten bedingt durch Kleinräumigkeit
- Geringe Durchdringung der Wirtschaft mit Unternehmen im Hochtechnologie-segment und niedriges Innovationspotenzial
- Aufholbedarf bei wissensbasierten Dienstleistungen
- Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen vor allem in peripheren Gebieten
- Geringe Anzahl von Leitbetrieben in Schlüsselindustrien
- Saisonale Abhängigkeit und regional einseitige Ausrichtung auf Tourismus

Risiken

- Überalterung der Bevölkerung mit hohen sozialen Folgekosten
- Mangel an Facharbeitern und Tourismusbeschäftigten als Wachstumsbremse
- Massentourismus
- „Brain drain“
- Starke Abhängigkeit von einigen wenigen großen Leitbetrieben
- Relativ großer Anteil an technologisch weniger hoch entwickelten Industrien macht Tirol anfällig für Kostenwettbewerb
- Klimawandel

Daten und Fakten

Österreich

BIP/Entstehung

real	2007	2008	2009	2010
BIP	3,7	2,2	-3,9	2,1
Land- und Forstwirtschaft	6,7	9,5	-4,3	0,1
Sachgütererzeugung u. Bergbau	8,1	4,3	-11,7	6,9
Energie- u. Wasserversorgung	-5,1	5,7	5,8	-0,7
Bauwesen	2,6	0,5	-5,4	-6,5
Handel	2,0	0,9	-1,4	2,9
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	2,0	3,5	-2,5	-1,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	5,1	-1,2	-9,1	0,7
Kredit- u. Versicherungswesen	7,0	6,1	5,8	10,5
Realitätenwesen	3,1	2,0	-2,5	2,2
Öffentliche Dienste	-0,6	2,5	0,2	1,4
Sonstige Dienstleistungen	2,2	2,4	-0,5	1,7

BIP/Verwendung

real	2009	2010	2011	2012
			Prognose BA	
BIP	-3,9	2,1	3,1	1,8
Privater Konsum	1,3	1,1	1,1	1,0
Öffentlicher Konsum	0,4	-0,5	0,1	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	-8,8	-1,0	4,2	3,0
Ausrüstungen	-14,5	2,1	7,6	4,5
Bauten	-6,0	-3,0	0,8	1,5
Exporte i.w.S.	-16,1	10,6	9,5	5,3
Waren	-18,6	12,6	10,1	5,6
Reiseverkehr	-3,3	5,9	8,0	4,5
Importe i.w.S.	-14,5	9,5	7,7	5,0
Waren	-15,3	10,7	8,2	5,1
Reiseverkehr	4,3	4,8	5,2	4,3

Konjunkturindikatoren

	Sachgüter- erzeugung Vdg. z. Vj. in %	Bau- produktion* Vdg. z. Vj. in %	Einzelhandels- umsatz nom. Vdg. z. Vj. in %	Über- nachtungen Vdg. z. Vj. in %	Unselbst. Beschäftigte in 1.000	Vdg. z. Vj. in %	Arbeitslosen- quote nat. Def., in %	VPI Vdg. in %
2004	7,4	2,8	2,1	-0,7	3198,6	0,4	7,1	2,1
2005	4,4	4,5	2,5	1,8	3230,3	1,0	7,3	2,3
2006	7,4	14,5	2,3	0,1	3280,9	1,6	6,8	1,5
2007	6,4	6,9	2,9	1,8	3344,0	1,9	6,2	2,2
2008	0,9	12,4	3,5	4,3	3420,5	2,3	5,8	3,2
2009	-13,3	-7,5	1,2	-1,9	3370,7	-1,5	7,2	0,5
2010	6,7	-4,7	4,0	0,4	3395,3	0,7	6,9	1,9
Juli 2010	9,5	-3,8	6,3	2,9	3439,6	0,5	5,8	1,9
August 2010	11,4	-0,6	4,7	0,5	3433,6	1,2	6,0	1,7
Sept. 2010	6,7	-5,3	4,5	0,8	3419,7	1,2	5,9	1,9
Okt. 2010	8,5	-7,7	2,1	2,9	3386,6	1,4	6,3	2,1
Nov. 2010	11,2	-4,5	6,1	7,9	3375,9	1,4	6,7	1,9
Dez. 2010	9,0	-11,2	5,2	-5,6	3343,8	1,4	8,3	2,3
Jänner 2011	12,3	-16,7	2,4	3,9	3322,9	1,9	8,5	2,5
Februar 2011	11,1	-1,2	3,1	-6,7	3343,0	2,2	8,0	3,1
März 2011	11,2	-0,4	0,3	3,0	3378,1	1,5	7,0	3,1
April 2011	11,5	-	5,4	-3,0	3379,1	1,6	6,5	3,3
Mai 2011	-	-	-	-11,6	3417,2	1,9	6,1	3,2

*) Wert der technischen Gesamtproduktion von Hoch- und Tiefbau

Zinsen und Währungen

	3M-Geld			10J			Wechselkurs		
	Anfang Juli 2011	Ende Dez. 2011	Ende Juni 2012	Anfang Juli 2011	Ende Dez. 2011	Ende Juni 2012	Anfang Juli 2011	Ende Dez. 2011	Ende Juni 2012
Euroland	1,59	2,00	2,45	2,92	3,45	3,70	-	-	-
USA	0,25	0,45	0,55	3,15	3,55	3,85	1,43	1,49	1,50
Japan	0,20	0,25	0,25	-	-	-	116,04	121,00	125,00
UK	0,83	0,85	1,35	3,26	3,65	4,15	0,89	0,90	0,87
Schweiz	0,18	1,00	1,40	1,67	2,30	2,75	1,21	1,22	1,28

Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, Statistik Austria, Thomson Financial, UniCredit Research

Daten und Fakten

International

BIP (real, Vdg. in %)

	Prognose						Prognose					
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Österreich	3,7	2,2	-3,9	2,1	3,1	1,8	2,2	3,2	0,4	1,7	3,5	2,2
Deutschland	2,8	0,7	-4,7	3,5	3,5	2,0	2,3	2,6	0,3	1,1	2,4	1,8
Euroland	2,8	0,3	-4,0	1,7	2,1	1,7	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,0
USA	1,9	0,0	-2,6	2,9	2,4	2,7	2,9	3,8	-0,3	1,6	3,2	2,7
Japan	2,3	-1,2	-6,3	4,0	-0,8	2,7	0,0	1,4	-1,4	-1,0	-0,3	0,4
GB	2,7	-0,1	-4,9	1,4	1,5	2,0	2,3	3,6	2,1	3,3	4,1	2,5
Schweiz	3,6	1,9	-1,9	2,6	2,0	1,5	0,7	2,4	-0,5	0,7	0,7	0,9

*) für Euroländer HVPI

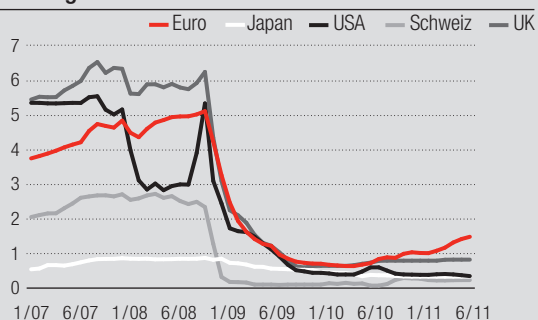
VPI (in %)*

Budgetsaldo (in % des BIP)

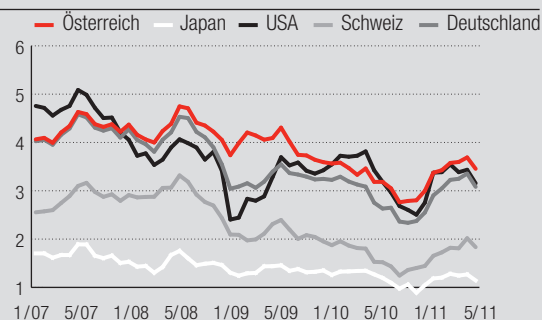
	Prognose						Prognose					
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Österreich	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,3	-3,0	3,5	4,9	3,1	2,7	3,0	3,2
Deutschland	0,3	0,0	-3,3	-3,3	-2,0	-1,5	-	-	-	-	-	-
Euroland	-0,6	-2,0	-6,3	-6,0	-4,5	-3,8	0,2	-0,4	-0,6	-0,2	0,1	0,2
USA	-1,2	-3,2	-10,0	-8,9	-9,1	-6,9	-5,1	-4,7	-2,7	-3,2	-3,9	-3,3
Japan	-2,4	-2,1	-7,1	-7,7	-7,9	-7,0	4,8	3,2	2,8	3,6	2,9	3,1
GB	-2,7	-4,9	-11,3	-10,2	-9,1	-7,7	-2,5	-1,5	-1,7	-2,5	-2,1	-1,9
Schweiz	-	-	-	-	-	-	9,3	1,3	7,9	10,3	7,4	6,6

Leistungsbilanz (in % des BIP)

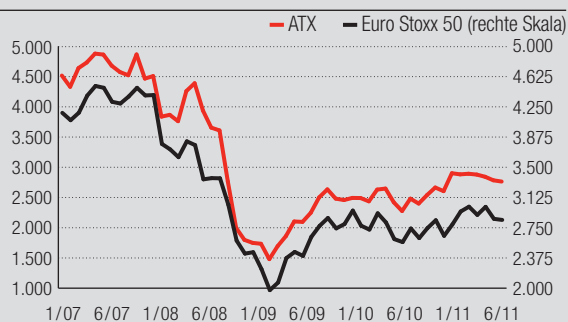
3-Monatsgeld



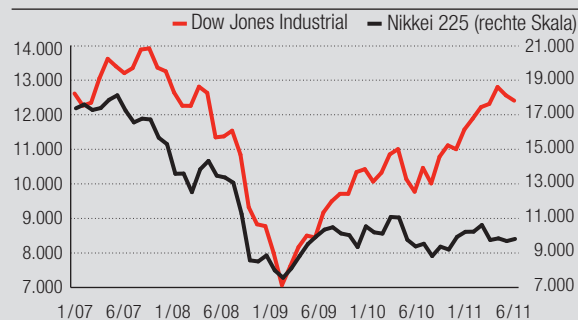
Sekundärmarktrendite



ATX/Euro Stoxx



Dow Jones/Nikkei 225



Daten und Fakten

Osteuropa

BIP (real, Vdg. in %)

VPI (Jahresdurchschnitt in %)

	BIP (real, Vdg. in %)						VPI (Jahresdurchschnitt in %)					
	2007	2008	2009	2010	Prognose		2007	2008	2009	2010	Prognose	
					2011	2012					2011	2012
Bulgarien	6,4	6,2	-5,5	0,2	2,8	3,3	8,4	12,4	2,8	2,4	5,0	2,4
Estland	7,2	-5,1	-13,9	3,0	4,5	4,3	6,6	10,4	-0,1	3,0	3,9	2,8
Lettland	10,0	-4,1	-17,8	-0,5	3,8	3,5	10,1	13,6	-1,3	2,5	2,8	3,0
Litauen	8,9	2,8	-14,7	1,3	5,1	3,2	5,7	11,0	4,5	1,1	2,6	2,2
Polen	6,8	5,1	1,7	3,8	4,4	3,5	2,5	4,2	3,5	2,6	4,4	3,1
Rumänien	6,2	7,1	-7,1	-1,3	1,8	3,3	4,8	7,9	5,6	6,1	7,1	4,6
Slowakische Republik	10,5	5,8	-4,8	4,0	3,1	3,9	2,8	4,6	1,6	1,0	3,8	3,5
Slowenien	6,9	3,7	-8,1	1,2	1,9	2,4	3,6	5,7	0,9	1,8	2,3	2,9
Tschechische Republik	6,1	2,5	-4,1	2,3	2,3	2,8	2,8	6,3	1,0	1,5	2,0	2,9
Ungarn	0,8	0,8	-6,7	1,2	2,8	3,5	8,0	6,1	4,2	4,9	3,9	2,6
EU-10	6,3	4,1	-3,7	2,2	3,3	3,4	4,0	6,1	3,1	2,9	4,1	3,2
Kroatien	5,1	2,2	-6,0	-1,2	1,2	2,5	2,9	6,1	2,4	1,1	2,8	2,7
Türkei	4,7	0,7	-4,7	8,9	5,8	4,1	8,8	10,5	6,3	8,6	6,2	7,8
Bosnien-Herzegowina	6,8	5,4	-2,9	0,5	1,8	2,5	1,5	7,4	-0,4	2,2	4,1	3,1
Kasachstan	8,9	3,3	1,2	7,0	6,5	5,9	10,8	17,2	7,3	7,1	8,8	6,8
Russland	8,5	5,2	-7,8	4,0	4,5	3,9	9,0	14,1	11,7	6,9	9,0	7,1
Serbien	5,4	3,8	-3,5	1,8	2,7	3,5	6,5	11,7	8,4	6,3	12,5	7,9
Ukraine	7,6	2,1	-15,1	4,2	4,7	5,0	12,8	25,2	16,0	9,4	10,2	9,6

Arbeitslosenquote (in %)

Budgetsaldo (in % des BIP)

	Arbeitslosenquote (in %)						Budgetsaldo (in % des BIP)					
	2007	2008	2009	2010	Prognose		2007	2008	2009	2010	Prognose	
					2011	2012					2011	2012
Bulgarien	6,1	5,3	8,6	10,1	10,1	9,7	3,5	3,0	-0,8	-3,9	-2,8	-2,6
Estland	4,7	5,5	13,8	16,8	11,0	7,5	2,6	-2,8	-1,7	-0,8	-1,7	-2,3
Lettland	6,0	7,1	16,1	14,3	12,5	11,0	-0,3	-7,5	-7,7	-11,7	-6,8	-2,3
Litauen	4,3	4,8	9,5	14,5	10,0	7,5	-1,0	-2,6	-7,9	-7,5	-4,8	-3,7
Polen	12,7	10,0	11,0	12,1	11,8	10,8	-1,9	-3,7	-7,3	-7,9	-5,8	-3,7
Rumänien	4,3	4,0	6,3	7,6	5,0	4,5	-2,3	-4,9	-7,4	-6,5	-4,4	-4,5
Slowakische Republik	11,0	9,6	12,1	14,4	13,5	12,6	-1,8	-2,1	-8,0	-7,9	-4,8	-3,5
Slowenien	4,9	4,5	5,9	7,3	7,8	7,0	-0,1	-1,8	-6,0	-5,6	-5,4	-4,0
Tschechische Republik	6,6	5,5	8,1	9,0	8,5	7,5	-0,7	-2,1	-5,8	-4,7	-4,2	-3,5
Ungarn	7,3	7,8	9,8	11,1	10,8	9,0	-5,5	-3,4	-3,9	-4,2	0,6	-1,0
EU-10	8,8	7,5	9,7	11,0	10,1	9,0	-1,7	-3,1	-6,4	-6,5	-4,4	-3,4
Kroatien	9,6	8,4	9,1	11,8	11,5	10,9	-2,0	-1,4	-3,9	-4,8	-5,7	-4,7
Türkei	10,3	11,0	14,0	11,9	10,5	10,5	-1,6	-1,8	-5,5	-3,6	-2,2	-1,5
Bosnien-Herzegowina	44,0	40,3	41,5	42,9	43,3	42,8	-0,1	-4,0	-5,7	-4,5	-4,2	-3,7
Kasachstan	7,6	6,6	6,6	5,8	5,4	5,3	5,2	1,2	-4,3	3,1	3,5	3,0
Russland	5,6	6,3	8,3	7,5	7,0	6,5	6,0	4,9	-12,4	-6,6	-2,1	-4,3
Serbien	18,1	13,7	16,1	20,0	19,5	18,8	-2,0	-2,6	-4,5	-4,7	-4,5	-3,9
Ukraine	6,7	6,4	9,0	8,4	7,5	6,9	-1,4	-1,3	-11,3	-6,2	-3,5	-2,5

Daten und Fakten

Osteuropa

Leistungsbilanz (in % des BIP)

	Prognose						Prognose					
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bulgarien	-25,2	-23,1	-10,0	-1,0	-0,5	-2,7	94,3	104,9	108,0	101,8	93,3	90,6
Estland	-18,1	-9,7	4,5	3,6	-1,3	-2,2	107,9	118,2	125,5	114,2	109,9	106,9
Lettland	-23,8	-13,1	8,6	4,9	-1,4	-2,2	135,1	129,2	156,3	165,2	159,3	154,4
Litauen	-14,5	-13,1	4,3	1,6	-2,1	-3,0	72,3	71,3	87,2	83,5	81,4	79,6
Polen	-4,7	-4,8	-2,1	-3,4	-4,1	-4,3	48,4	57,1	59,6	65,4	62,9	60,0
Rumänien	-13,5	-11,8	-4,2	-4,2	-3,3	-3,1	47,4	52,8	70,0	76,6	77,2	74,5
Slowakische Republik	-5,3	-6,6	-3,6	-3,5	-3,5	-3,5	54,8	58,5	71,9	75,3	75,3	73,0
Slowenien	-4,8	-6,7	-1,5	-1,2	-2,2	-3,6	100,7	105,2	114,1	113,7	117,4	119,1
Tschechische Republik	-3,2	-0,6	-3,2	-3,8	-3,1	-3,6	38,9	43,6	45,2	48,8	48,9	49,0
Ungarn	-6,9	-7,3	0,3	2,1	4,0	0,8	104,0	122,3	141,5	140,7	124,8	113,5
EU-10	-7,6	-6,7	-2,2	-2,4	-2,5	-3,2	60,5	68,1	76,2	79,7	76,7	73,6
Kroatien	-7,2	-8,8	-5,3	-1,3	-2,3	-2,9	77,7	85,2	99,0	101,2	103,1	102,4
Türkei	-5,9	-5,6	-2,3	-6,6	-8,9	-8,1	38,5	37,8	43,6	40,0	38,5	39,0
Bosnien-Herzegowina	-10,8	-14,2	-6,2	-5,5	-8,7	-9,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kasachstan	-7,9	5,3	-3,2	3,0	4,8	1,4	86,5	88,9	97,7	79,7	70,4	70,6
Russland	6,1	6,9	4,1	5,1	7,0	2,9	35,9	35,6	34,7	34,3	22,5	23,7
Serbien	-17,7	-21,6	-7,2	-7,3	-8,3	-7,8	62,5	66,7	78,9	83,3	77,7	77,8
Ukraine	-3,5	-7,6	-1,5	-1,8	-2,8	-3,2	54,6	60,8	89,3	84,6	76,6	73,6

Auslandsverschuldung (in % des BIP)

Leitzinssatz p. a. (Periodenende in %)

	Prognose						Prognose					
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Bulgarien	-	-	-	-	-	-	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Estland	-	-	-	-	EZB	EZB	15,6	15,6	15,6	15,6	EUR	EUR
Lettland	6,0	6,0	4,0	3,5	3,8	3,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Litauen	-	-	-	-	-	-	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Polen	5,0	5,0	3,5	3,5	4,8	4,3	3,6	4,1	4,1	4,0	3,9	3,8
Rumänien	7,5	10,3	8,0	6,3	6,3	5,5	3,6	4,0	4,2	4,3	4,2	4,1
Slowakische Republik	4,3	2,5	EZB	EZB	EZB	EZB	33,6	30,1	EUR	EUR	EUR	EUR
Slowenien	EZB	EZB	EZB	EZB	EZB	EZB	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Tschechische Republik	3,5	2,3	1,0	0,8	1,3	2,3	26,5	26,8	26,4	25,0	24,3	24,0
Ungarn	7,5	10,0	6,3	5,8	6,0	6,0	252,7	265,5	269,8	278,7	270,0	270,0
EU-10	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kroatien	3,5	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0	7,3	7,4	7,3	7,4	7,5	7,4
Türkei	15,8	15,0	6,5	6,5	7,8	7,8	1,7	2,1	2,1	2,1	2,6	2,4
Bosnien-Herzegowina	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Kasachstan	11,0	10,5	7,0	7,0	8,0	7,5	176,0	168,7	212,6	197,2	221,7	195,6
Russland	6,1	8,5	6,0	5,0	5,8	5,8	35,9	42,6	43,0	40,9	42,9	40,9
Serbien	10,0	17,8	9,5	11,5	9,5	8,5	78,8	89,8	96,2	106,1	100,0	103,0
Ukraine	8,0	12,0	10,3	7,8	8,0	8,0	7,4	10,9	11,5	10,6	12,0	10,7

Wechselkurs zum Euro (Jahresdurchschnitt)

Das Leben ist voller
Höhen und Tiefen.



Wir sind
für Sie da.

Finanzgeschäfte sind kompliziert genug. Deshalb sprechen wir eine einfache und verständliche Sprache. Denn wir wissen: Nur wenn wir uns verstehen, können wir auch die richtige Lösung für Sie finden.
www.bankaustria.at

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of  **UniCredit**